



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

19. Jahrgang · Heft 7

Juli 1967

Grafik des Monats: Industrieproduktion 1966

Aufsätze: Landtagswahl, Alter und Geschlecht
Blumen- und Zierpflanzenanbau
Öffentliche Wasserwirtschaft
Kriegsopferfürsorge

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

ANTEILE DER WIRTSCHAFTSBEREICHE AM BRUTTOINLANDSPRODUKT

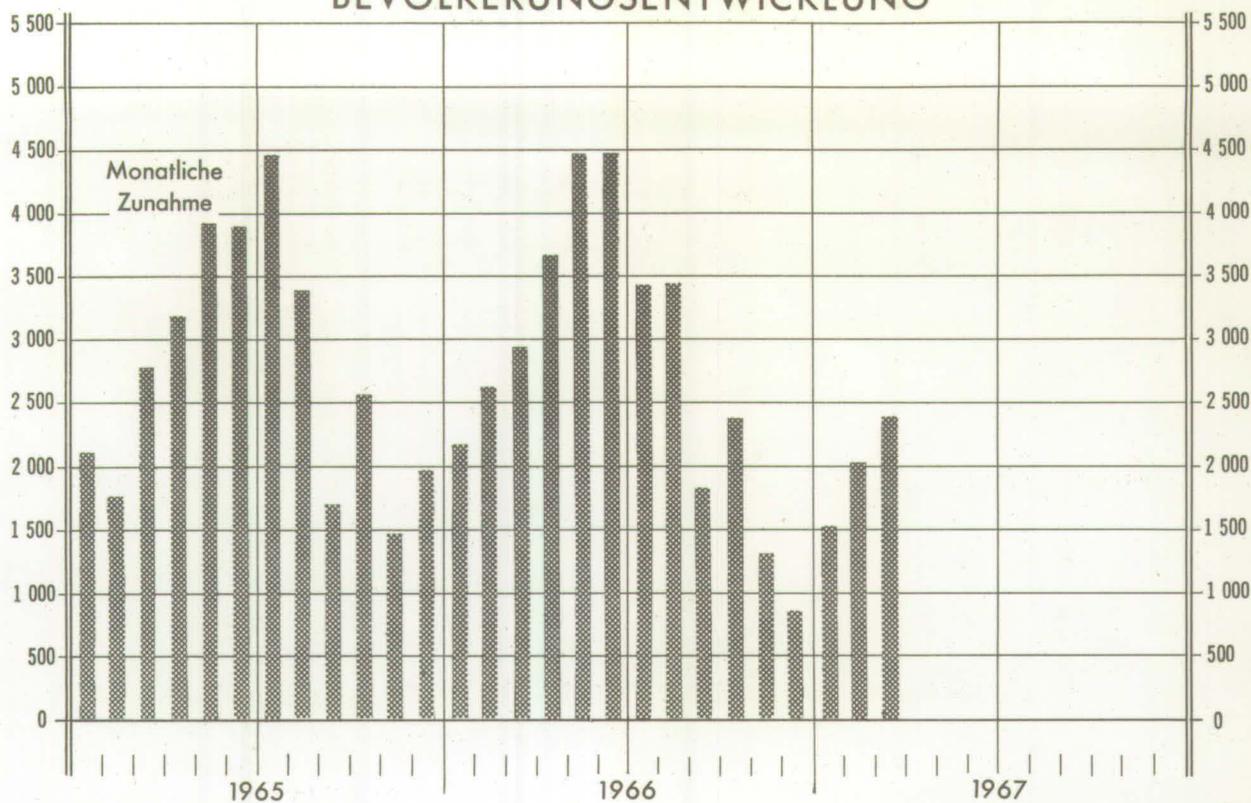


Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

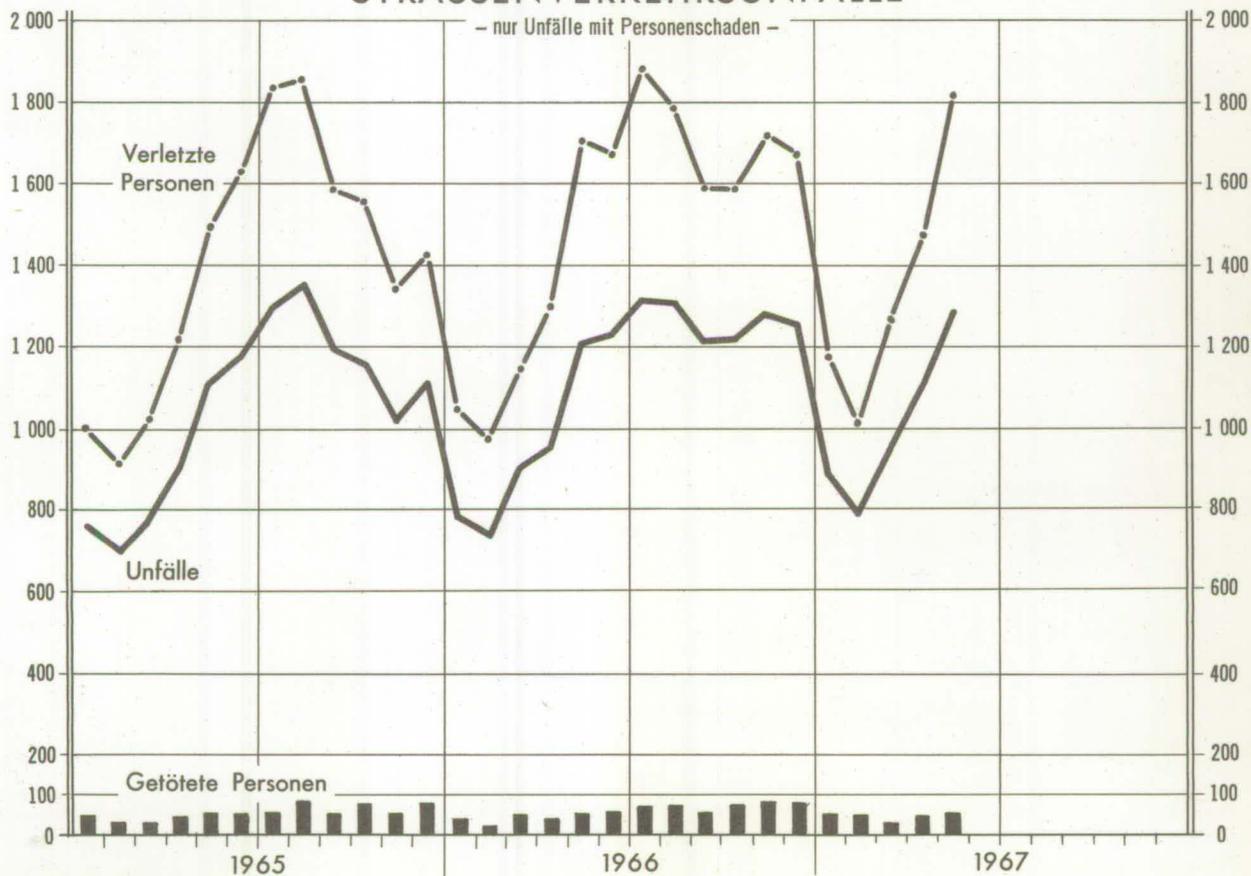
V 6458 E

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



D-3781

STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE



INHALT 7/67

	Seite
Aktuelle Auslese	145
Aus dem Inhalt	146-147
Aufsätze	
Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht	148-152
Blumen- und Zierpflanzenanbau	152-158
Öffentliche Wasserversorgung und öffentliches Wasserwesen in Schleswig-Holstein und den Bundesländern 1963	159-163
Die Kriegsopferversorgung 1963 bis 1965	163-168
Grafik des Monats	156-157
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A - allgemein - 3. Umschlagseite	

Neu erschienen:

Statistische Berichte

C0/Obstbaumzählung 1965

„Die Obstbaumbestände und die Flächen der Obstanlagen

Schleswig-Holstein 1965“

60 Seiten, Preis 3,— DM

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 2/1967

Umsatzstruktur Handwerk
Wohnverhältnisse 1965 (1. Teil)
Grenzverkehr 1956 — 1965

Heft 3/1967

Straßen in Schleswig-Holstein
Personalausgaben 1951 bis 1965
Wohnverhältnisse 1965 (2. Teil)
Ölfrüchte
Urlaubsausgaben
Finanzen der Krankenkassen

Heft 4/1967

Öffentliche Jugendhilfe
Sportstätten
Umsätze im Gastgewerbe 1966
Obstbäume 1965
Zwischenfrüchte 1966

Heft 5/1967

Bruttoinlandsprodukt 1950 — 1965
Volksschule von gestern bis heute
Ernten 1966
Preise im Gastgewerbe 1965
Brände 1966

Heft 6/1967

Landtagswahl 1967
Schichtung der Lohnsteuerpflichtigen
Viehbestände 1966
Bruttoinlandsprodukt der Landwirtschaft
Spitzengehälter 1965
Handwerk 1966/67



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

19. Jahrgang · Heft 7

Juli 1967

Aktuelle Auslese



Baufertigstellungen gehalten – Baugenehmigungen rückläufig

Ein Vergleich der Lage am schleswig-holsteinischen Baumarkt während des ersten Vierteljahres 1967 mit dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres zeigt ein leichtes Ansteigen der von den Bauämtern gemeldeten fertiggestellten Wohnungen.

Auf der anderen Seite ist jedoch ein Rückgang der "potenziellen Fertigstellungen" – nämlich der erteilten Baugenehmigungen – um 17% von 5 440 auf 4 520 zu verzeichnen.

	als fertiggestellt gemeldete Wohnungen ¹	genehmigte ¹
1. Vierteljahr 1966	2 445	5 440
1. Vierteljahr 1967	2 660	4 520
<i>Veränderung</i>	+ 9 %	- 17 %

¹) in ganzen Wohngebäuden

Nur leichte saisonale Belebung im Bauhauptgewerbe

Im Durchschnitt der ersten fünf Monate 1967 wurden in Schleswig-Holstein rund 57 200 Personen im Bauhauptgewerbe beschäftigt, 13 % weniger als im gleichen Zeitraum 1966. Von diesen Kräften wurden von Januar bis Mai jedoch 38 Mill. Stunden geleistet, das sind nur 7 % weniger als in den entsprechenden Monaten 1966.

Die Beschäftigtenzahl ist im Mai 1967 – nach einem vorläufigen Ergebnis – gegenüber April 1967 um knapp 2 % auf rund 58 700 gestiegen. Sie liegt damit immer noch um 13 % unter dem Stand vom Mai 1966.



147 000 Betten warten auf Gäste

In den 141 schleswig-holsteinischen Berichtsgemeinden zur Fremdenverkehrsstatistik standen Anfang April 1967 rund 147 000 Betten

für Gäste zur Verfügung, das sind 8 700 Betten (6 %) mehr als vor einem Jahr. Das Bettenangebot erhöhte sich in allen Gemeindegruppen, doch entfielen fast neun Zehntel der Zunahme auf die Seebäder, die mehr als vier Fünftel aller Fremdenbetten anbieten. Von den 147 000 Betten stellen die Beherbergungsbetriebe 66 000 und die Privatquartiere 81 000 Betten.



Industrieproduktion Schleswig-Holsteins weniger konjunkturrempfindlich als im Bundesgebiet

Die Industrie in der Bundesrepublik produzierte von Januar bis April 1967 rund 5 % weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres, in Schleswig-Holstein dagegen ist die Einschränkung der industriellen Gütererzeugung bisher kaum spürbar geworden. Ein Grund für diese unterschiedliche Entwicklung liegt darin, daß das Gewicht konjunkturrempfindlicher Industriezweige (z. B. Kraftfahrzeugindustrie) in Schleswig-Holstein geringer ist als im Bundesgebiet. Die Ernährungsindustrie, die mit einem Sechstel des Produktionsvolumens einen besonders hohen Anteil in Schleswig-Holstein hat, ist an dem günstigen Abschneiden unseres Landes maßgeblich beteiligt.



Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe weiterhin rückläufig

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Schleswig-Holstein ist von 54 477 im Jahre 1965 auf 54 033 im Jahre 1966 zurückgegangen. Von diesem Rückgang war besonders die Größenklasse mit 5 bis 20 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche betroffen. Auch die Größenklasse 20 bis 30 ha LN hat – wenn auch geringfügig – abgenommen. Zunahmen ergaben sich erneut in den Größenklassen über 30 ha LN.

Aus dem Inhalt

Seite 148

Landtagswahl, Alter und Geschlecht

Der zweite Aufsatz über die Landtagswahl vom 23. 4. 1967 berichtet über die repräsentative Aufbereitung eines sorgfältig bemessenen kleinen Teils der Stimmbezirke. Es war auf diese Weise möglich, in der Wahlnacht schon voraus ein repräsentatives Endergebnis bekanntzugeben. Seine Zahlen lagen – wie sich beim Vergleich mit dem endgültigen Ergebnis zeigt – nur um zehntel Prozente daneben. – Hauptgegenstand der repräsentativen Sonderaufbereitung ist die Ermittlung der Ergebnisse getrennt für mehrere Altersgruppen und das Geschlecht der Wähler. Von der Wahlbeteiligung wird ausgeführt, wie bedeutsam sie unter Umständen für das Wahlergebnis und für die Sitzverteilung nach Parteien sein kann. Die Nichtwähler stellen im Mittel des ganzen Landes die drittstärkste "Partei". Bei der Untersuchung der Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht zeigt sich das gewohnte Bild: Die jüngsten Wähler (21 bis 25 Jahre) sind in der Ausübung ihres Wahlrechts am nachlässigsten, fast die Hälfte von ihnen ließ das Wählen sein. Die Wahlbeteiligung wird mit dem Alter schnell größer und erreicht bei den 60- bis 70jährigen Männern und bei den 50- bis 60jährigen Frauen ihr Maximum. Die über 70jährigen gehen zwar weniger zahlreich, aber immer noch mehr zur Wahl als die 30jährigen. Unter den Frauen sind insgesamt etwas mehr Nichtwähler als unter den Männern, doch bei den 25- bis 30jährigen ist es umgekehrt. – In seinem dritten Teil berichtet der Aufsatz über die Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht. Die Frauen haben in noch stärkerem Maße als bisher die CDU gewählt. 514 von 1 000 Frauen gaben ihr die Stimme, aber nur 370 gaben sie der SPD. Umgekehrt sieht es bei den Männern aus: Dort steht mit 430 von 1 000 Männerstimmen die SPD voran, und die CDU erhielt nur 400. Unter den Männern waren relativ mehr als unter den Frauen, die der FDP und der NPD ihre Stimme gaben. – Die Wahlentscheidungen in den einzelnen Altersgruppen sind recht unterschiedlich und haben sich gegenüber der vorigen Landtagswahl teilweise kräftig verschoben. Bezüglich der neuen Nationaldemokratischen Partei wird festgestellt: Die 45- bis 60jährigen Männer stellen den stärksten Wählerstamm der NPD; 103 von 1 000 dieser Altersgruppe stimmten für sie, während es von den jungen Wählern nur halb so viele, nämlich 58, waren. Am geringsten ist das Interesse der jungen Wählerinnen an der NPD. Von ihnen entschieden sich nur 28 für diese Partei.

Blumen- und Zierpflanzenanbau

Seite 152

Zum ersten Mal wird hier über einen Zweig der landwirtschaftlichen Produktion berichtet, dessen Erzeugnisse nicht lebensnotwendig sind, aber viel Freude spenden. 1 834 Betriebe befaßten sich auf 512 ha Freiland mit dem Anbau von Zierpflanzen. Für 1 178 von ihnen bildet dieser Anbau die Hauptproduktionssparte. – Der Freilandanbau wurde nach 1950 ausgeweitet, erreichte einen Höhepunkt um 1960/61 und geht seitdem wieder zurück. Örtliche Schwerpunkte sind die Kreise Dithmarschen und Eckern-

förde für Blumenzwiebeln, der Raum Lübeck – Hamburg für Maiblumen, Pinneberg für Schnittrosen und das Umland der Großstädte, besonders Hamburgs, für andere Schnittblumen. Das Risiko der Witterung, gestiegene Qualitätsansprüche der Verbraucher und steigende Einfuhren drosseln diesen Zweig des Zierpflanzenanbaus. – Der Anbau unter Glas ist dagegen seit 1950 kontinuierlich ausgeweitet worden. Bei den Schnittblumen stieg er z. B. für Rosen von 2,5 ha (1955) auf 5,2 ha (1966), für Nelken von 2,8 auf 6,7 ha. In dieser Ausweitung spiegeln sich die gestiegene Nachfrage und die verbesserten Anbau- und Betriebstechniken. Bei den Topfpflanzen ist seit 1961 kein nennenswerter Anstieg des Anbaus mehr zu verzeichnen. Hier sind der Handarbeitsaufwand und die Transportkosten zu hoch. – Für die Struktur der Zierpflanzenbetriebe ist folgendes charakteristisch: Die reinen Gartenbaubetriebe überwiegen. Daneben gibt es eine größere Zahl von Betrieben mit untergeordneter oder gleichwertiger landwirtschaftlicher Erzeugung; die Mehrzahl der Betriebe ist klein oder mittelgroß, und der Anteil der Eigenvermarktung ist hoch. Die 1 409 Betriebe mit Unter-Glas-Anlagen (1961) besaßen 103 ha Glasfläche, die zu 74 % für den Blumenanbau genutzt wird. Dabei ist die Anbaufläche unter Glas durch mehrfache Nutzung mindestens 136 ha groß, also ein Drittel mehr als die Grundfläche der Unter-Glas-Anlagen. Im Durchschnitt verfügte jeder Betrieb über 720 qm Glasfläche, das ist nach den geltenden betriebswirtschaftlichen Vorstellungen im allgemeinen für Familienbetriebe unzureichend. Der Anteil der heizbaren Gewächshausfläche hat sich von 31 % auf 45 % gesteigert. – Für den Absatz der Blumen und Zierpflanzen ist kennzeichnend, daß das meiste unmittelbar von den Betrieben verkauft wird (47 %). Erst mit zunehmender Betriebsgröße gewinnt der Handel Bedeutung. Der Absatz der Betriebe mit über 20 ha LN geht zu 71 % über den Handel, im Durchschnitt aller Betriebe nur zu 32 %. – Der Export hat nur bei Maiblumen und Knollenbegonien nennenswerten Umfang (1964: 2,8 Mill. DM). Größere Mengen gehen nach Berlin (West), nämlich 1966 für 8,5 Mill. DM Lieferungen der Gärtnereien und Baumschulen, von denen 35 bis 40 % Erzeugnisse des Zierpflanzenbaues sind. Unter den Einfuhren haben die aus Dänemark besondere Bedeutung. Häufig in der Branche ist die Verbindung von Produktion und Dienstleistung, also Blumen- und Kranzbinderei, wie es vor allem für Friedhofsgärtnereien typisch ist. Die Einnahmen der Gartenbaubetriebe aus Verkauf werden auf 50 Mill. DM, die aus Dienstleistung auf 10 Mill. DM geschätzt.

Öffentliche Wasserwirtschaft

Seite 159

Wasser ist – besonders in Ballungsgebieten – zu einem ökonomischen Faktor geworden und gehört zu den knappen Gütern. Der Verbrauch von Wasser ist von 1957 bis 1963 um zwei Fünftel gestiegen. 1963 wurden durch die öffentliche Wasserversorgung 85 Mill. cbm gefördert, durch die Industrie weitere 108 Mill. cbm. Die Industrie entnimmt fast die Hälfte davon aus dem weniger wertvollen Oberflächenwasser, während über neun Zehntel der öffentlichen Wasser-

versorgung aus dem Grundwasser stammen. Quellwasser ist, anders als in süddeutschen Ländern, bedeutungslos. – In Schleswig-Holstein war 1963 ein Viertel aller Einwohner nicht an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen. Im Durchschnitt des Bundes trifft das nur noch für knapp ein Zehntel zu. Eine lückenlose öffentliche Wasserversorgung gibt es nur in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen sowie im Saarland. Seit 1963 hat sich auch in Schleswig-Holstein der Versorgungsgrad wahrscheinlich beachtlich erhöht. Die totale Versorgung aus dem öffentlichen Netz dürfte aber in Flächenländern nicht unter allen Umständen den bestmöglichen Zustand darstellen. – Der Verbrauch allein der privaten Haushalte ist nicht bekannt, es liegt nur der Gesamtverbrauch aus dem öffentlichen Netz vor (einschließlich Gewerbe und öffentliche Einrichtungen), der auf die Einwohnerzahl bezogen werden kann. Der Verbrauch je Einwohner schwankt deutlich mit der örtlichen Lage und mit der Größe des Wasseraufkommens einer Versorgungseinrichtung, was wiederum mit der Gemeindegröße Hand in Hand geht. In Schleswig-Holstein steigt die Zahl von 36 cbm Wasseraufkommen je Einwohner und Jahr in den kleinen Gemeinden auf über 100 cbm in den großen Städten. – Von den über 600 Wasserversorgungsunternehmen des Landes wurde knapp ein Drittel in einer öffentlichen Rechtsform betrieben, hauptsächlich als Eigenbetriebe der Gemeinden. Mehr als zwei Drittel hatten eine private Rechtsform, am häufigsten die der eingetragenen Genossenschaft. Für die Versorgung haben aber die öffentlich-rechtlichen Unternehmen mit mehr als neun Zehnteln des gesamten Wasseraufkommens ein erhebliches Übergewicht. – Der zweite Teil des Aufsatzes befaßt sich mit dem Abwasserwesen. In 200 Gemeinden (darunter alle Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern) war 1963 eine Sammelkanalisation vorhanden und 55 % der Bevölkerung genossen ihre Vorteile. Das Abwasser von mehr als zwei Drittel dieser Haushalte wurde vor der Ableitung geklärt, bei dem Rest ging es ungeklärt ab. Im Bundesgebiet liegen die Verhältnisse sowohl hinsichtlich des Anschlusses an Sammelkanalisationen als auch hinsichtlich der Klärung des Abwassers günstiger als in Schleswig-Holstein.

Kriegsopferfürsorge

Seite 163

Die Kriegsopferfürsorge ergänzt die schematische Kriegsopferversorgung durch individuelle Maßnahmen. Sie erfordert finanziell – im Bundesgebiet – nur 7 % des Aufwandes für die Kriegsopferversorgung. In Schleswig-Holstein wurden für die Kriegsopferfürsorge in den Jahren 1963 bis 1965 jeweils um die 12 Mill. DM ausgegeben. Diese Bruttoausgaben standen Einnahmen (1965) von 1,5 Mill. DM gegenüber. 2,2 Mill. DM wurden für Sonderfürsorgeberechtigte ausgegeben, das sind Blinde, Ohnhänder, Hirnbeschädigte, Querschnittsgelähmte u. ä. Mehr als neun Zehntel aller Leistungen wurden als Beihilfe gewährt, 9 % als Darlehen, und zwar vor allem für Wohnungs- und Berufsfürsorge. Auf den Einwohner berechnet kamen 1965 für die Kriegsopferfürsorge 5,07 DM Bruttobelastung. Dieser Wert schwankt in den Kreisen des Landes beträchtlich, nämlich zwischen 2,56 DM und 6,61 DM. – Der Anteil der einzelnen Hilfearten an dem gesamten Leistungsaufwand der Kriegsopferfürsorge war verschieden groß. Der größte Posten waren die Erziehungsbeihilfen (56 %). Mit Abstand folgen die ergänzenden Hilfen zum Lebensunterhalt (14 %), die sonstigen Hilfen (12 %), die Berufsfürsorge (9 %), die Wohnungs- (6 %) und die Erholungsfürsorge (3 %). Unter den Erziehungsbeihilfen, der stärksten Einzelleistung, sind diejenigen an Beschädigte für ihre Kinder gestiegen, die an Waisen haben abgenommen. Dennoch beanspruchten letztere 1965 noch 41 % sämtlicher Leistungen der Kriegsopferfürsorge. – Die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt geht zu gleichen Teilen an Beschädigte und Hinterbliebene. Besonders vermehrt (1965 auf das Zweieinhalbfache von 1963) wurden die Ausgaben für die sonstigen Hilfen. In der Berufsfürsorge dominieren Förderungsmaßnahmen, wie Kraftfahrzeugbeschaffung und -haltung, und Maßnahmen zur Fortbildung, Umschulung und Ausbildung. Hier ist mit einem Drittel der Anteil der Sonderfürsorgeberechtigten besonders groß. – Am 31. 12. 1965 wurden 5 520 Empfänger laufender Leistungen gezählt, außerdem 7 388 Fälle von Gewährung einmaliger Leistungen. Während die erste Zahl seit 1963 um 11 % gesunken ist, hat sich die zweite in in derselben Zeit auf fast das Sechsfache erhöht.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1–5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht

Landtagswahl am 23. April 1967

In Schleswig-Holstein werden seit 1953 bei Bundes- und Landtagswahlen Stichprobenerhebungen durchgeführt. Sie dienen jeweils zwei Zielen: Einmal der frühzeitigen Berechnung des Landesendergebnisses in der Wahlnacht und zum anderen der Untersuchung des Wahlverhaltens nach Altersgruppen und dem Geschlecht. Über die dabei angewandte Methode wurde an gleicher Stelle¹ schon berichtet, so daß darauf nicht mehr eingegangen werden soll.

Repräsentation in der Wahlnacht

Die frühzeitige Berechnung des Landesendergebnisses mit Hilfe von Stichprobenstimmbezirken hat bei den vorangegangenen Wahlen so gute Erfolge gezeigt, daß sie auch bei der Landtagswahl 1967 durchgeführt wurde. Es wurde keine neue Stichprobe gezogen, sondern - nach einigen kleineren Korrekturen - die der Bundestagswahl 1965 verwendet. Allerdings war bei der Bundestagswahl für die Repräsentation in der Wahlnacht nur die Hälfte der Stichprobe verwendet worden, da 2,1% der Wahlberechtigten für die Repräsentation der drei im Bundestag vertretenen Parteien von der Fehlergrenze her genügen mußten. Das Ergebnis der Stichprobe stimmte dann auch fast genau mit dem Endergebnis überein. Zur Landtagswahl ergab sich eine andere Situation. Es mußte damit gerechnet werden, daß unter Umständen zwei Parteien fast die gleichen oder sogar die gleichen Anteile erringen würden und/oder sich in der Nähe der 5%-Klausel bewegen würden. Eine 2,1%-Stichprobe hätte diese Ergebnisse nicht hinreichend genau darstellen können, da die Anzahl der Stimmen zu klein gewesen wäre. Es wurde deshalb die gesamte Stichprobe in die Repräsentation der Wahlnacht einbezogen. Neben 91 Stimmbezirken, die 4% aller Wahlberechtigten ausmachten, wurden zwei Briefwahlbezirke zusätzlich ausgewählt, um die Wahlbeteiligung besser zu erfassen. Die Zahl der Wahlberechtigten umfaßt nämlich bei den Meldungen der Stichprobenbezirke auch die Briefwähler, die zentral im Wahlkreis wählen. Daher ist die Zahl der Wahlberechtigten zu hoch und damit die Wahlbeteiligung niedriger als in Wirklichkeit. Von den Briefwahlbezirken wurden deshalb nur die Wähler und nicht die Wahlberechtigten zur Berechnung verwendet.

Eine Repräsentation in der Wahlnacht ist nur dann angebracht, wenn sie weit vor dem

Endergebnis veröffentlicht werden kann. Bei der Landtagswahl 1962 lag das Ergebnis der Repräsentation um 20.45 Uhr und das verläufige Endergebnis um 22.15 Uhr vor. Zwischen beiden lag also eine Zeit von anderthalb Stunden. Da damit gerechnet werden konnte, daß das Endergebnis dieses Mal vor 22.00 Uhr feststehen würde, mußte bei der Repräsentation ein Weg gefunden werden, der diese ebenfalls beschleunigte. Der Einsatz einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage, die eine Hochrechnung von wenigen Stichprobenergebnissen ermöglicht hätte, war dieses Mal aus technischen Gründen noch nicht möglich. Daher mußte, ehe das Ergebnis der Repräsentation erstellt werden konnte, der Eingang des letzten Stimmbezirks abgewartet werden. Die angestrebte "Traumzeit" lag zwischen 19.15 Uhr und 19.30 Uhr. Um dieser Zeit nahe zu kommen oder sie sogar zu erreichen wurde das Meldeverfahren geändert und die Gemeinden über seine Durchführung eingehend unterwiesen.

Die ausgewählten Stimmbezirke hatten die sogenannte 1. Auszählung, d. h. bevor der Wahlvorstand über die Gültigkeit von zweifelhaften Stimmzetteln entschied, direkt an die Landeswahlzentrale mitzuteilen. Dadurch war es möglich, daß die ersten 11 Meldungen schon um 18.26 Uhr vorlagen und um 19.05 Uhr, einem Zeitpunkt, zu dem 1962 erst 12 Ergebnisse eingegangen waren, schon über drei Viertel, nämlich 74. Leider wurde das letzte Ergebnis erst um 19.55 Uhr durchgegeben, so daß der anfängliche Zeitgewinn fast wieder verlorenging. Das Endergebnis der Repräsentation konnte jedoch eine dreiviertel Stunde früher als 1962 bekanntgegeben werden. Es weicht, wie die nächste Tabelle zeigt, nur unwesentlich vom eigentlichen Endergebnis ab.

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Repräsentation lagen 7 Wahlkreisendergebnisse vor, die erstaunlicherweise fast genau das endgültige Endergebnis wiedergaben. So wurde die Wahlbeteiligung und der Stimmenanteil der CDU genau getroffen und der Stimmenanteil der SPD wich nur leicht vom wirklichen Ergebnis ab. Nur die Anteile von FDP und NPD zeigten ein falsches Bild. Ein Blick auf die einzelnen Wahlkreisergebnisse beweist jedoch, daß die Übereinstimmung dieses Zwischenergebnisses mit dem Endergebnis reiner Zufall war. Ein anderer Eingang der Meldungen hätte ein völlig falsches Zwischenergebnis ergeben können.

¹) Stat. Monatsh. S.-H. 1966, Seite 4 (Januar)

Repräsentationsergebnis in der Wahlnacht

Stimmbezirke Wahlkreise	Anteil der Wahlberechtigten in %	Zeit	Wahlbeteiligung	Von den gültigen Stimmen entfielen auf			
				CDU	SPD	FDP	NPD
in %							
Repräsentationsergebnisse							
11	0,3	18.26	68,9	49,0	37,5	5,3	6,5
50	1,8	18.51	69,9	47,3	36,8	6,6	6,4
62	2,5	18.59	70,3	46,9	38,0	6,5	6,1
74	3,1	19.05	70,0	46,7	38,8	6,2	6,1
80	3,5	19.15	69,7	46,1	39,5	6,2	6,0
93	4,0	19.55	72,5	46,2	39,5	6,2	5,9
Wahlkreisenergebnisse							
7	15,7	19.55	74,1	46,0	39,6	6,0	6,2
20	45,3	20.15	74,5	45,8	39,3	5,8	5,9
30	67,7	20.29	74,2	46,3	38,8	6,0	5,9
44	.	21.21	73,8	46,0	39,4	5,9	5,8
Endgültiges Ergebnis							
44	100	5.5.67	74,1	46,0	39,4	5,9	5,8

Das endgültige Wahlergebnis brachte gegenüber dem vorläufigen in der Wahlnacht nur unwesentliche Änderungen. Die Stimmenanteile der Parteien blieben gleich, während sich die Wahlbeteiligung erhöhte. Bei den in der Wahlnacht gemeldeten Wahlberechtigten waren in einigen Wahlkreisen die Briefwähler doppelt gezählt worden, so daß die Zahl der Wahlberechtigten überhöht war.

Wahlbeteiligung

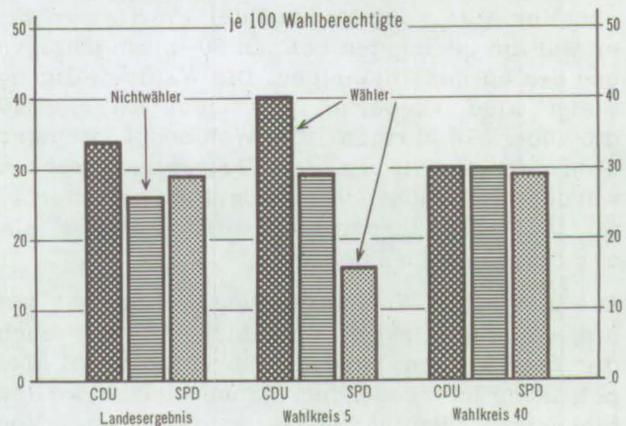
Jeder 4. Schleswig-Holsteiner ging am 23. April nicht zur Wahl. Auch wenn man berücksichtigt, daß in einer Demokratie eine höhere Wahlbeteiligung als 90% kaum erreichbar ist, bleibt dies ein beachtlicher Anteil. Es ist zwar müßig, jetzt zu beschreiben, wie die Wahl bei einer höheren Wahlbeteiligung ausgegangen wäre, doch soll gezeigt werden, wie entscheidend die Wahlenthaltung sein kann. Nämlich selbst dann, wenn man unterstellt, daß sich die Nichtwähler insgesamt wie die Wähler verhalten hätten, hätte sich die Sitz-

verteilung geändert. Der CDU wäre nämlich der 73. Sitz, den jetzt die SPD gewonnen hat, zugefallen. Wenn man bedenkt, daß ein Sitz für die absolute Mehrheit oder die Koalitionsmöglichkeit einer Partei entscheidend sein kann, bekommt diese unwichtig erscheinende Verschiebung eine ganz andere Bedeutung. Um das Gewicht der Nichtwähler noch stärker zu verdeutlichen, werden in der folgenden Übersicht zur Berechnung der Verteilung der Stimmen neben den gültigen Stimmen auch die Wahlberechtigten herangezogen.

Im Landesergebnis stellen die Nichtwähler die drittstärkste "Partei" und in den drei Wahlkreisen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung sind sie jeweils die zweitstärkste und zweimal sogar fast so stark wie die erfolgreichste Partei. Während in den Wahlkreisen 4 und 5 eine höhere Wahlbeteiligung den Sieg des gewählten Kandidaten sicherlich nicht gefährdet hätte, sieht es im Wahlkreis 40 ganz anders aus. Hier liegt eine Verschiebung im Bereich des Möglichen, da der Wahlkreissieger nur um 1,2 Punkte vor dem zweiten liegt. In vier weiteren Wahlkreisen macht der Abstand

D-3814

Bedeutung der Nichtwähler im Vergleich zu den Wählern



	Anzahl	davon entfallen auf						
		CDU	SPD	FDP	SSW	DFU	NPD	Nichtwähler
in %								
Landesergebnis								
Gültige Stimmen	1 233 108	46,0	39,4	5,9	1,9	0,9	5,8	.
Wahlberechtigte	1 682 328	33,7	28,9	4,3	1,4	0,7	4,3	(25,9)
Wahlkreis 4								
Gültige Stimmen	24 651	50,4	29,9	6,1	8,7	0,6	4,4	.
Wahlberechtigte	37 027	33,5	19,9	4,1	5,8	0,4	2,9	(32,8)
Wahlkreis 40								
Gültige Stimmen	25 242	43,5	42,3	6,9	-	1,6	5,7	.
Wahlberechtigte	36 495	30,1	29,2	4,8	-	1,1	3,9	(30,0)
Wahlkreis 5								
Gültige Stimmen	25 499	57,3	22,9	8,3	5,5	0,3	5,7	.
Wahlberechtigte	36 448	40,1	16,0	5,8	3,8	0,2	4,0	(29,3)

Anteil der Nichtwähler an den Wahlberechtigten

Altersgruppe (Jahre)	Frauen			Männer		
	1958	1962	1967	1958	1962	1967
21 - 25	36	46	46	37	49	44
25 - 30	30	41	38	31	40	40
30 - 40	22	32	28	21	31	28
40 - 50	18	26	23	17	23	20
50 - 60	18	24	22	14	20	17
60 - 70	21	24	23	14	17	16
70 und älter	34	34	31	19	21	22
Zusammen	23	31	28	20	28	26

ebenfalls weniger als zwei Punkte aus. Die Nichtwähler der Wahlkreise 21 (Pinneberg-Ost), 30 (Plön-Nord), 40 (Stormarn-West), 43 (Geesthacht) und 44 (Ahrensburg) sollten sich bewußt sein, daß es an ihnen liegen kann, ob bei der nächsten Wahl das jetzige Ergebnis bestätigt und gefestigt oder aber ein anderes herbeigeführt wird.

Die Jungwähler zeigten, wie auch bei den vorangegangenen Wahlen das geringste Interesse an der Wahl. Beinahe jeder zweite Wahlberechtigte im Alter von 21 bis 25 Jahren ging nicht zur Wahlurne. Der Anteil der nichtwählenden 25- bis 30jährigen ist kaum geringer. Es blieben nämlich fast vier Zehntel der Wahl fern. In den weiteren Altersgruppen ging der Anteil der Nichtwähler kräftig zurück; er war am geringsten bei den 50- bis 60jährigen und den 60- bis 70jährigen. Die Wahlbeteiligung steigt also wiederum mit dem Alter. Daß die über 70jährigen ihr Wahlrecht weniger wahrnehmen, als es dem Trend entsprechen würde, ist nicht verwunderlich. Immerhin ist ihr Wahlinteresse bedeutend größer als das der jüngeren Jahrgänge.

Die schlechte Wahlbeteiligung ist sowohl auf die Gleichgültigkeit der Männer als auch die der Frauen zurückzuführen, obwohl das politische Interesse der Männer wie bei allen bisherigen Wahlen etwas stärker ist. Von den Frauen gingen fast drei Zehntel nicht zur Wahlurne, während es bei den Männern gut ein Viertel gewesen sind. Der Abstand zwischen den Anteilen der nichtwählenden Frauen und Männer hat sich jedoch überraschenderweise, wenn auch nur leicht, verringert. Die Wahlbeteiligung der Frauen ist gegenüber 1962 verhältnismäßig kräftiger gestiegen als die der Männer. Auch in den einzelnen Altersgruppen hat es Verschiebungen gegeben. Bisher konnten die 21 bis 25 Jahre alten Männer den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, die Wahlmüdesten zu sein. Das hat sich zur diesjährigen Landtagswahl geändert. Die jungen Frauen der gleichen Jahrgänge nahmen jetzt diese Position ein, allerdings knapp gefolgt von den bisherigen Spitzenreitern. In der Altersgruppe 30 bis

40 Jahre hat sich das Verhältnis ebenfalls leicht verschoben. Hier war der Anteil der Nichtwählerinnen immer höher als der der Nichtwähler. Jetzt weisen die Männer etwas mehr Nichtwähler auf. Am häufigsten gingen wiederum die 60- bis 70jährigen und 50- bis 60jährigen Männer zur Wahl. Nur 16% und 17% dieser Wahlberechtigten waren Nichtwähler. Unter den Frauen zeigten die 50- bis 60jährigen das größte Wahlinteresse.

Eine besondere Auswertung über die niedrige Wahlbeteiligung in den Kreisen Eiderstedt, Husum und Südtondern ergab, daß die 21- bis 25jährigen und die über 70jährigen den Hauptausschlag dazu gaben, indem sie noch weniger zur Wahl gingen als im übrigen Land. Die hohe Wahlbeteiligung in den Kreisen Eutin und Plön ist demgegenüber auf fast alle Altersgruppen zurückzuführen, wobei die 25- bis 30jährigen etwas herausragen, die bei weitem häufiger ihre Stimme abgaben als der Landesdurchschnitt dieser Altersgruppe.

Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht

Die Frauen haben in noch stärkerem Maße als bisher die CDU gewählt. Über die Hälfte der Frauen gab der CDU ihre Stimme. Damit hat die CDU einen Anteil erreicht, der sonst nur bei den Bundestagswahlen üblich ist. Während 1962 von 1 000 Frauen 481 für die CDU stimmten, sind es jetzt 514. Umgekehrt sieht es bei der SPD aus, hier dominieren die Männer. Von 1 000 Männern wählten 430 die SPD und von 1 000 Frauen nur 370. Der Unterschied zwischen beiden Parteien ist jedoch bei den Männern nicht so groß wie bei den Frauen. Er hat sich sogar leicht verringert. Auch für die FDP und noch stärker für die NPD stimmten die Männer häufiger als die Frauen.

Die Wahlentscheidungen in den einzelnen Altersgruppen sind recht unterschiedlich und haben sich gegenüber 1962 teilweise kräftig verschoben. Bei der CDU haben wieder die über 60 Jahre alten Frauen die Spitzenposition inne. Weit über die Hälfte, nämlich 548 von 1 000 abgegebenen gültigen Stimmen der Frauen, erhielt die CDU; 1962 sind es nur 495 gewesen. Darüber hinaus konnte die CDU die erstmals 1962 errungene absolute Mehrheit bei den jungen Frauen (21 - 30 Jahre) weiter ausbauen, indem sie sich von 509 auf 528 steigerte. Auch in den mittleren Altersgruppen der Frauen kommt die CDU nahe an die absolute Mehrheit heran. Die CDU-Stimmen der Männer erreichen dagegen in keiner Altersgruppe die Anteile der Frauen. Bei den Männern bilden die Jungwähler (21 - 30 Jahre) die Spitze. Von den Jungwählern

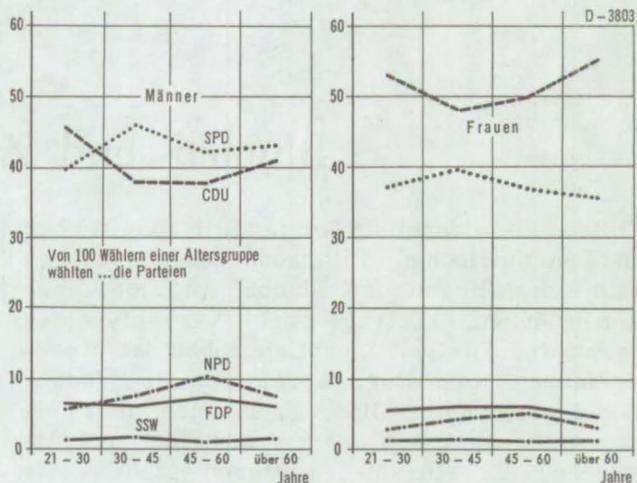
Anteile der Parteien an den gültigen Stimmen

Altersgruppe (Jahre)	Gültige Stimmen	darunter entfielen auf					dagegen							
		CDU	SPD	FDP	SSW	NPD	1962				1958			
							CDU	SPD	FDP	SSW	CDU	SPD	FDP	SSW
Männer														
21 - 30	1 000	457	399	65	14	58	453	410	74	26	411	419	60	33
30 - 45	1 000	378	459	61	16	76	385	448	89	20	387	407	65	25
30 - 60	1 000	377	441	67	14	89	398	416	85	26	426	358	51	32
45 - 60	1 000	376	421	74	11	103	401	432	85	23	402	396	60	28
60 und älter	1 000	409	427	61	14	76								
Zusammen	1 000	400	430	65	14	80								
Frauen														
21 - 30	1 000	528	371	56	13	28	509	365	72	22	459	382	49	30
30 - 45	1 000	480	394	62	14	42	464	378	80	23	463	336	56	30
30 - 60	1 000	490	380	62	13	48	495	356	71	23	505	303	43	27
45 - 60	1 000	498	367	61	12	52	481	369	76	23	474	333	51	29
60 und älter	1 000	548	353	46	13	32								
Zusammen	1 000	514	370	56	13	40								
Männer und Frauen														
21 - 30	1 000	491	386	61	14	44	480	388	73	24	435	400	54	31
30 - 45	1 000	430	426	62	15	59	429	410	84	22	430	367	60	28
30 - 60	1 000	437	408	64	13	67	452	383	77	24	469	329	47	29
45 - 60	1 000	445	390	67	12	74								
60 und älter	1 000	487	385	53	14	52								
Insgesamt	1 000	461	398	60	14	58	444	398	80	23	441	362	55	29

gaben 457 von 1 000 der CDU ihre Stimme. Damit wurde der Anteil von 1962 geringfügig ausgebaut und der erste Platz gegenüber der SPD gehalten. In der Altersgruppe über 60 Jahre konnte die CDU ebenfalls leichte Gewinne verbuchen, während ihr Anteil in der mittleren Altersgruppe zurückging. Die SPD nahm ebenfalls in der mittleren Altersgruppe der Männer ab, konnte aber trotzdem ihre Führung vergrößern. Am häufigsten wählten die 30 - 45 Jahre alten Männer die SPD. Das ist die Altersgruppe, bei der die SPD den größten Vorsprung gegenüber der CDU hat. Am zweithäufigsten gaben die über 60 Jahre alten Männer der SPD ihre Stimme. Ihr Anteil hat sich gegenüber 1962 von 416 pro 1 000 gültige Stimmen auf 427 erhöht. Beachtlich ist, daß der Anteil der SPD unter den Jungwählern von 410 auf 399 zurückging. Bei den Frauen liegt der SPD-Anteil in allen Altersgruppen ziemlich deutlich unter dem der CDU. Wie bei den Männern, stimmten bei den Frauen die 30- bis 45jährigen am häufigsten für die SPD.

Die FDP-Wähler verteilen sich ziemlich gleichmäßig über alle Altersgruppen. Die FDP wird allerdings etwas stärker von den 45- bis 60jährigen bevorzugt. Bei der NPD sind demgegenüber deutliche Unterschiede feststellbar. Die 45- bis 60jährigen Männer stellen den stärksten Wählerstamm der NPD, 103 von 1 000 stimmten für sie, während es von den

Verteilung der gültigen Stimmen nach Alter und Geschlecht



jungen Wählern nur halb so viele, nämlich 58, waren. Am geringsten ist das Interesse der jungen Wählerinnen an der NPD. Von ihnen entschieden sich nur 28 von 1 000 für diese Partei.

Die Stimmenanteile der übrigen Parteien sind so geringfügig, daß eine einigermaßen sichere Aussage nach Altersgruppen nicht gemacht werden kann. Nur soviel ist erkennbar, daß der SSW und die DFU häufiger von Männern als von Frauen gewählt worden sind.

Aufteilung der gültigen Stimmen der Parteien
auf Geschlecht und Altersgruppen

Altersgruppe (Jahre)	Von 1 000 Wählern der					Gültige Stimmen
	CDU	SPD	FDP	SSW	NPD	
	waren					
	Männer					
21 - 30	78	79	85	83	79	79
30 - 45	108	151	134	159	170	131
45 - 60	94	122	143	95	204	116
60 und älter	124	150	141	148	183	140
Zusammen	404	503	503	485	636	465
	Frauen					
21 - 30	83	68	68	72	34	73
30 - 45	141	135	141	141	99	136
45 - 60	164	140	153	134	136	151
60 und älter	208	155	135	169	96	175
Zusammen	596	497	497	515	364	535
	Männer und Frauen					
21 - 30	161	147	153	154	113	151
30 - 45	249	286	275	300	269	267
45 - 60	258	262	296	229	340	267
60 und älter	332	305	276	316	279	315
Insgesamt	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000

Bei der Interpretation der nebenstehenden Tabelle, die zeigt, von welchen Altersgruppen und von welchem Geschlecht eine Partei ihre Stimmen erhalten hat, ergeben sich gegenüber dem bisher Dargestellten einige Unterschiede, hauptsächlich, weil die Zahl der wahlberechtigten Frauen größer ist als die der Männer. Es wurden 535 von 1 000 Stimmen von Frauen abgegeben und entsprechend 465 von Männern. Die Wähler der CDU sind zu sechs Zehnteln Frauen und entsprechend zu vier Zehnteln Männer. Bei der SPD ist dagegen der Anteil ausgeglichen. Im Verhältnis zum Gesamtanteil der männlichen und weiblichen Wähler ist der der männlichen CDU-Wähler stark unterdurchschnittlich und der der weiblichen überdurchschnittlich; genau umgekehrt ist es bei der SPD. Das gleiche Bild ergibt sich in den einzelnen Altersgruppen. Das stärkste Übergewicht eines Geschlechts weist die NPD auf. Beinahe zwei Drittel ihrer Wähler waren Männer.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Detaillierte Ergebnisse sind im Statistischen Bericht B III 2 - 6/1967 veröffentlicht.

Blumen- und Zierpflanzenanbau

Umfang und Bedeutung der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Pflanzenerzeugung lassen sich im allgemeinen durch Angaben über Anbauflächen, Erträge und Verkaufserlöse erläutern. Für den Zierpflanzenbau ist dieses Verfahren nur bedingt geeignet, da die Produktionsflächen unter Glas, z. T. auch im Freiland während eines Jahres mehrfach genutzt werden, die einzelnen Kulturen sich häufig überschneiden und die Erträge nicht in Gewichtseinheiten gemessen werden können. Zur Darstellung dieses Wirtschaftszweiges müssen daher zusätzliche Werte herangezogen und Hilfsrechnungen vorgenommen werden.

Von 7 670 Betrieben unseres Landes, die im Jahre 1961 Obst, Gemüse oder Zierpflanzen für den Verkauf anbauten, waren 1 834 solche mit Zierpflanzenflächen im Freiland von 512 ha Umfang.

In 1 066 Betrieben wurden außerdem Blumen und Zierpflanzen in Unterglasanlagen herangezogen. Bei diesen handelt es sich im wesentlichen um jene Unternehmen, für welche der

Zierpflanzenbau die Hauptproduktionssparte bildet (1 178 Betriebe). Sie sind außerdem mit den sogenannten "reinen Gartenbaubetrieben" weitgehend identisch, deren gärtnerische Verkaufserlöse mehr als 90% der gesamten Verkaufserlöse des Betriebes darstellen. Von 1 825 reinen Gartenbaubetrieben bewirtschaften 1 083 Glasflächen mit einer Gesamtfläche von rund 90 ha.

Diese Werte dürften sich in der Zwischenzeit in mehrfacher Hinsicht geändert haben.

Die Wandlungen und ihre Ursachen sind mannigfaltig, so daß eine differenzierte Erläuterung zweckmäßig ist.

	Flächen des Zierpflanzenbaues in ha				
	1950	1955	1961	1963	1966
Anbau im Freiland	297	271,46	520,00	449,92	322,32
Schnittblumen unter Glas ohne Jungpflanzen			34,63	36,32	48,91
Topfpflanzen unter Glas		41,14	47	50	

Der Zierpflanzenbau im Freiland

Der Zierpflanzenbau im Freiland umfaßt sowohl die Erzeugung von "Rohware", aus der erst durch eine anschließende biologische Veränderung Verkaufsware gewonnen wird (z. B. Blumenzwiebeln, Maiblumenkeime), wie von Fertigware zur unmittelbaren Verwendung (Stauden, Schnittblumen u. a.).

Die nach 1950 einsetzende Ausweitung dieses Anbaues erreichte ihren Höhepunkt um 1960/61. Seitdem geht der Anbau deutlich zurück. Da während dieser Zeit die Art der Erhebung und die Zusammenfassung nach Arten wechselte, kann die Wandlung nur am Beispiel einiger Gruppen von Erzeugnissen deutlich gemacht werden.

	Anbauflächen im Freiland in ha					
	1950	1955	1959	1961	1963	1966
Zum Schnitt						
Rosen	25	.	17	41	23	31
Nelken	.	.	.	3	2	2
Chrysanthemen	.	.	.	39	53	35
sonst. Blumen zum Schnitt	128	.	109	203	145	108
Zur Aufzucht und Vermehrung						
Blumenzwiebeln aller Art	50	94	101	73	41	37
Blumenknollen aller Art	.	.		41	81	34
Maiblumen, erntefähige Fläche	7	11	19	24	15	23
Blumenstauden aller Art	.	.	68	31	36	29
sonstige Blumen	78	.	.	39	54	23
Blumensamen	3	.	.	2	-	1
Zusammen				496	450	323

Schwerpunkte dieser Kulturen sind für den Anbau von Blumenzwiebeln die Kreise Dithmarschen und Eckernförde, für Maiblumen der Raum Lübeck-Hamburg, für Schnittrosen der Kreis Pinneberg und für andere Schnittblumen das Umland der Großstädte, vor allem um Hamburg. Eine früher nennenswerte Blumenzwiebelvermehrung auf Fehmarn ist heute bis auf eine kleine Fläche aufgegeben.

Der Rückgang des Anbaues von Schnittblumen dürfte im wesentlichen auf das witterungsbedingte Risiko im Freiland zurückzuführen sein, das in unserem Lande besonders groß ist. Die gestiegenen Qualitätsansprüche der Verbraucher auch an Blumen und Zierpflanzen, die wachsenden Einfuhren und die Ausweitung des einheimischen Zierpflanzenbaues unter Glas haben die Absatzmöglichkeiten für Freilandschnittblumen beeinträchtigt. Für die Einschränkung des Blumenzwiebelanbaues einschließlich der Knollenbegonien waren und sind arbeitswirtschaftliche Gesichtspunkte und die unbefriedigende Ertragslage unter dem Einfluß gestiegener Importe maßgebend. Die Vermehrung von Maiblumen-Treibkeimen, die zum erheblichen Teil exportiert werden, wurde durch einschneidende phytosanitäre Bestim-

mungen der Empfangsländer beeinträchtigt. Eine zunehmende Schädigung der Kulturen durch Krankheiten und Schädlinge, deren Bekämpfung erhebliche Schwierigkeiten bereitet, führte außerdem zu einem Rückgang der Erträge.

Der Zierpflanzenbau unter Glas

Der Anbau von Blumen und Zierpflanzen unter Glas ist seit 1950 kontinuierlich ausgeweitet worden. Er umfaßt die Nutzung von Nieder- und Hochglasflächen, d. h. von einfachen oder doppelten Frühbeetkästen, Gewächs- und Verbindungshäusern, beides nicht heizbar oder mit Heizungen. Er gliedert sich in die Vermehrung von Topfpflanzen und Schnittblumen einschließlich Schnittgrün.

Die Entwicklung des Schnittblumenanbaues kann ebenfalls am Beispiel einiger Pflanzengruppen erläutert werden.

Pflanzenart	Anbau von Schnittblumen unter Glas in ha				
	1955	1959	1961	1963	1966
Rosen	2,47	2,16	3,65	3,48	5,22
Nelken	2,82	3,81	5,76	6,87	6,74
Tulpen	.	.	2,87	6,02	10,96
Narzissen	.	.	0,81	2,47	3,28
Freisien	.	.	1,19	1,04	2,06
Chrysanthemen	.	.	10,26	8,35	11,10
Schnittgrün	.	5,63	5,65	5,24	5,05

Die Vergrößerung der Anbauflächen fast aller Schnittblumenarten ist Ausdruck der gestiegenen Nachfrage aber auch der verbesserten Produktionsverhältnisse, insbesondere der Anbau- und Betriebstechnik. Diese Steigerung ist vor allem den Schnittrosen und Zwiebelblumen zugute gekommen. Demgegenüber kann bei Nelken bereits eine gewisse saisonale Marktsättigung beobachtet werden. Der Rückgang der Schnittgrünvermehrung dürfte auf die umfangreichen Importe dieser Ware aus Dänemark zurückzuführen sein.

Da der Zierpflanzenbau bei der Gartenbauerhebung 1950 nicht untergliedert wurde, fehlen die entsprechenden Vergleichswerte für dieses Jahr. Das gleiche gilt für die Topfpflanzen.

Pflanzenart	Topfpflanzen in 1 000 Stück (Fertigware)	
	1961	1966
Topfpflanzen insgesamt	9 722	9 096
darunter		
Cyclamen	2 002	1 964
Blütenbegonien	501	300
Hortensien	243	161
Azaleen (Blühware)	504	886
Grün- und Blattpflanzen	940	1 009
Beet- und Balkonpflanzen	3 944	3 369

Der Anbau von Topfpflanzen ist demnach seit 1961 in unserem Lande nicht nennenswert ausgeweitet worden. Die Gründe hierfür sind wiederum in dem erforderlichen hohen Handarbeitsaufwand und der Transportkostempfindlichkeit zu suchen. Topfpflanzen sind im Gegensatz zu Schnittblumen infolge ihres hohen Gewichtes nur in einem begrenztem Umkreis der Betriebe mit Gewinn abzusetzen.

Der Zierpflanzenbau unter Glas konzentriert sich auf die Städte und ihr Umland, vor allem wieder auf den Hamburger Randbereich. Die bauliche Entwicklung der letzten 18 Jahre hat zu gewissen Verlagerungen des Anbaues aus den Ortslagen geführt. Durch den Bau einer Gruppensiedlung im Kreis Segeberg speziell von Topfpflanzenbetrieben versucht man darüber hinaus, den Anbau außerhalb der Absatzschwerpunkte zu konzentrieren.

Die Struktur der Zierpflanzenbetriebe

Für die Struktur der Zierpflanzenbetriebe ist folgendes charakteristisch:

1. Die reinen Gartenbaubetriebe überwiegen; daneben gibt es eine größere Zahl von Betrieben mit untergeordneter oder gleichwertiger landwirtschaftlicher Erzeugung,
2. Die Mehrzahl der Betriebe ist klein oder mittelgroß,
3. Der Anteil der Eigenvermarktung ist hoch.

	Betriebe mit Zierpflanzenanbau im Freiland 1961	
	insgesamt	darunter reine Gartenbaubetriebe
Zahl der Betriebe	1 834	1 002
Zierpflanzenanbaufläche in ha	512	394
Anteile der Betriebe unter 2 ha LN in %	78	83

Von der Ausweitung des Zierpflanzenanbaues im Freiland nach 1950 hatten vor allem die Betriebe über 2 ha LN mit landwirtschaftlicher Nutzung profitiert. Der nach 1961 einsetzende Rückgang hat wiederum diese Gruppe besonders betroffen. Auch in den kleineren Betrieben war der Freilandanbau rückläufig, wurde hier aber durch die Ausweitung des Anbaues unter Glas ausgeglichen.

	Betriebe mit Unterglasanlagen 1961	
	insgesamt	darunter reine Gartenbaubetriebe
Zahl der Betriebe	1 409	1 083
Glasfläche in ha	103	90

Die angegebene Glasfläche wird zu 74% ausschließlich oder überwiegend für den Blumen- und Zierpflanzenbau genutzt. Gegenüber der Grundfläche von 103 ha beträgt die Anbaufläche unter Glas infolge der Mehrfachnutzung 136 ha (in der Praxis dürfte sie noch höher sein). Von dieser Anbaufläche wurden 99 ha, das sind 73%, durch Zierpflanzen genutzt. Die durchschnittliche Glasfläche je Betrieb beträgt 720 qm. Sie ist nach geltenden betriebswirtschaftlichen Vorstellungen im allgemeinen für Familienbetriebe unzureichend. Der Anteil der heizbaren Gewächshausfläche hat sich zwar seit 1950 von 31% auf 45% gesteigert, doch noch immer werden in diesen Betrieben 25 ha nicht heizbare, arbeitswirtschaftlich oft unrationelle Frühbeete bewirtschaftet.

Absatzverhältnisse

Besonders bemerkenswert ist die Absatzstruktur der schleswig-holsteinischen Zierpflanzenbetriebe.

Zwar läßt die nachstehende Übersicht keine quantitative Aussage über die auf den einzelnen

	Betriebe ¹ mit Angaben über Absatz	davon Betriebe, die hauptsächlich liefern an				
		Absatz- und Versteigerungsgenossenschaft	Großhändler	Einzelhändler	Verbraucher	
					auf Wochenmarkt	ab Betriebe (eigener Laden)
in %						
insgesamt	1 221	0	15	17	21	47
davon in der Größenklasse nach der LN						
unter 0,5 ha	368	0	3	11	21	64
0,5 - 1 "	298	-	12	16	19	52
1 - 2 "	243	1	13	20	23	42
2 - 5 "	206	0	28	23	23	26
5 - 7,5 "	51	-	47	25	8	20
7,5 - 10 "	29	-	52	10	10	28
10 - 20 "	19	-	42	26	5	26
über 20 ha	7	-	71	-	29	-

1) Gartenbaubetriebe mit und ohne Landwirtschaft (ohne landwirtschaftliche Betriebe mit Gartenbau und ohne "sonstige Betriebe")

Absatzwegen umgesetzten Warenmengen zu. Auch werden vom einzelnen Betrieb häufig mehrere Abnehmer beliefert oder die Eigenvermarktung und -lieferung an den Handel gleichrangig betrieben. Dennoch machen die angegebenen Verhältniszahlen deutlich, daß der unmittelbare Absatz durch die Betriebe überwiegt. Mit zunehmender Betriebsgröße gewinnt jedoch die Belieferung des Handels an Bedeutung.

Auch die Marktverhältnisse für Blumen und Zierpflanzen haben sich in den letzten Jahren gewandelt. Der gestiegene Bedarf in den großen Verbraucherzentren kann nur durch überregionale Lieferungen und zusätzliche Importe gedeckt werden. Hierfür sind leistungsfähige Produzenten und Handelsorganisationen erforderlich. Der schleswig-holsteinische Zierpflanzenbau bietet hierfür keine besonders günstigen Voraussetzungen. Von Ausnahmen abgesehen, setzt sich das Angebot aus vielen kleinen Posten zusammen, die großhandelsmäßig nur schwer zu erfassen sind. Das wird vor allem durch einen Vergleich mit anderen Anbaugebieten deutlich. So liefern

in Hamburg 60% der Zierpflanzenbetriebe hauptsächlich an den Großhandel, während die Eigenvermarktung nur in 20% der Betriebe überwiegt¹,

die Zierpflanzenbetriebe im Bereich der Landwirtschaftskammer Rheinland 40% ihrer Erzeugung an Großmärkte und Versteigerungen (1961)²,

die niederländischen Zierpflanzenbetriebe ausschließlich an Versteigerungen³,

rund 60% der dänischen Zierpflanzenbetriebe an genossenschaftliche Absatzeinrichtungen⁴.

Es soll jedoch nicht verkannt werden, daß der Hamburger Großmarkt vor allem für die Betriebe im südlichen Landesteil von Bedeutung ist. So stammen (1963)

5,7% der Schnittblumenerzeuger,
92 % der Anlieferer von Freilandrosen und
30 % der Topfpflanzenanlieferer

mit Dauerstand auf dem Hamburger Großmarkt aus Schleswig-Holstein⁵.

Der Export von Zierpflanzen hat nur bei Maiblumen und Knollenbegonien nennenswerten Umfang. Er entsprach 1964 einem Wert von 2,8 Mill. DM⁶, ist aber für Maiblumen aus

den anfangs erwähnten Gründen rückläufig. Aus der Außenhandelsstatistik ergibt sich folgender Überblick:

Jahr	Ausfuhr von lebenden Pflanzen und Erzeugnissen der Ziergärtnerei in 1 000 DM	
	Insgesamt	In EWG-Länder
1962	5 274	764
1963	6 056	1 225
1964	8 061	1 711
1965	7 867	1 379
1966	9 402	1 255

Größeren Umfang hat der Warenverkehr mit Zierpflanzen nach Berlin (West), während nach Mitteldeutschland nur geringe Mengen versandt werden.

Jahr	Lieferungen der Gärtnereien und Baumschulen in 1 000 DM	
	nach Berlin (West)	nach Mitteldeutschland
1965	7 712	-
1966	8 451	73

Etwa 35 - 40% dieser Warenlieferungen entfallen auf Erzeugnisse des Zierpflanzenbaues, und hier vor allem auf Jungpflanzen, Maiblumen-Treibkeime und Schnittblumen.

Die Absatzverhältnisse werden auch durch die wachsenden Importe geprägt, unter denen die Einfuhren aus Dänemark für den schleswig-holsteinischen Zierpflanzenbau besondere Bedeutung haben, da sie im wesentlichen auf den norddeutschen Märkten mit der einheimischen Erzeugung in Konkurrenz treten. Insgesamt erreichte die Einfuhr an lebenden Pflanzen und Erzeugnissen der Ziergärtnerei in die Bundesrepublik

1965 einen Wert von 397 Mill. DM

1966 einen Wert von 425 Mill. DM⁷.

In dieser Zeit stieg die Zahl der von der amtlichen Pflanzenbeschau erfaßten Einfuhrsendungen aus Dänemark von 2 324 auf 2 916⁸. Der Wert dieser Einfuhren wird auf 12 Mill. DM geschätzt⁹ und beträgt etwa ein Viertel der Zierpflanzenimporte in die Bundesrepublik aus Nicht-EWG-Ländern. Dabei überwiegen hier die Topfpflanzen. Der auf unser Land entfallende Anteil der Einfuhren aus der EWG und anderen Drittländern kann auch nicht annähernd geschätzt werden.

Produktion und Dienstleistung des Zierpflanzenbaues

Ausdruck der Produktionsleistung in der Landwirtschaft sind die von den Betrieben erzielten

1) Quelle: Stat. Bundesamt, Gartenbauerhebung 1961

2) Quelle: Landesverband Gartenbau, Köln

3) Quelle: Tuinbouw-Gids

4) Quelle: Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein

5) Quelle: Institut für Gärtnerische Betriebslehre und Marktforschung der TH Hannover

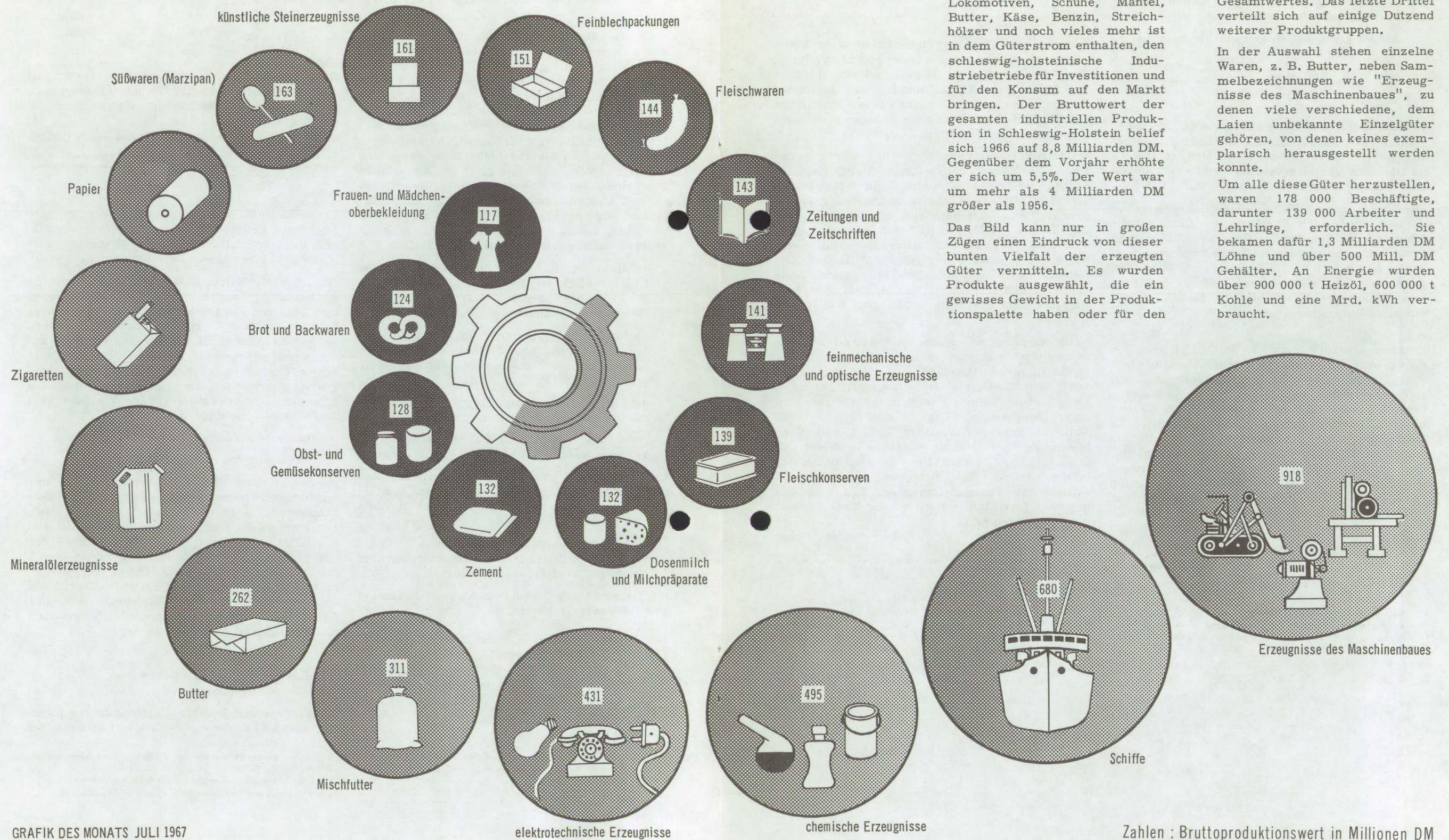
6) Exportkontor Gartenbau

7) Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, "Grüner Bericht"

8) Quelle: Pflanzenschutzamt des Landes Schleswig-Holstein

9) Errechnet aus den Unterlagen der amtlichen Pflanzenbeschau

INDUSTRIEPRODUKTION 1966 IN SCHLESWIG-HOLSTEIN



Verkaufserlöse. Da für den Zierpflanzenbau weder besondere marktordnende Vorschriften (Preisregelungen) noch zentrale repräsentative Ermittlungen der erzielten Preise bestehen, lassen sich die Verkaufserlöse nur größenordnungsmäßig darstellen. Für nachstehende Angaben sind Auswertungen der Buchführungsergebnisse und die "Grünen Berichte" der Bundesregierung herangezogen worden. Danach ergibt sich folgende Entwicklung:

1950	1961	1963	1966
s 28,0	49,9	58,2	61,6

Multipliziert man die vom Bundesernährungsministerium mitgeteilten Werte über pro-Kopf-Ausgaben für Blumen und Zierpflanzen (1965 = 32 DM) mit der Bevölkerungszahl des Landes, so ergibt sich ein Betrag von 78 Mill. DM¹⁰.

Die hier für 1965 unterstellten Ausgaben dürften aber nach Angaben des Blumenfachhandels in Schleswig-Holstein über dem Bundesdurchschnitt liegen, so daß die gesamten Aufwendungen für Blumen auf 85 Mill. DM geschätzt werden können. Davon entfallen laut Einkommensteuerstatistik 34,8 Mill. DM auf den Blumeneinzelhandel.

Demnach werden rund 50 Mill. DM von den Gartenbaubetrieben aus dem Verkauf von Zierpflanzen unmittelbar eingenommen. 692 Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen betrieben 1961 zugleich Blumen- und Kranzbinderei, 450 ein eigenes Ladengeschäft. Die Verbindung von Produktion und Dienstleistung ist vor allem in Friedhofsgärtnereien häufig, die zugleich die Gräberpflege übernehmen, sowie in Gärtnereien der Städte und zentralen Orte. Der Dienstleistungsertrag wird auf etwa 10 Mill. DM geschätzt.

Insgesamt ergibt sich somit für das Jahr 1966 eine Produktions- und Dienstleistung des schleswig-holsteinischen Zierpflanzenbaues im Wert von 71 bis 72 Mill. DM.

10) Errechnet nach: "Buchführungsergebnisse von Gartenbaubetrieben" (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) und Kennzahlen für den Betriebsvergleich Arbeitskreis Betriebswirtschaftliche Beratung im Gartenbau Hannover

Die Umsatzsteigerung seit 1950 wurde fast ausschließlich durch eine Ausweitung der Mengenproduktion und nicht über den Preis erzielt. Seit 1962 sank der Erzeugerpreisindex (1962 = 100) für Zierpflanzen auf 94 (1966), während der Index für Produktionsmittel auf 108 anstieg, der für Löhne auf 136¹¹.

Investitionen

Ausmaß und Wert der Investitionen im Zierpflanzenbau lassen sich nur global schätzen. Die Ausweitung der Glasflächen um 17,2 ha von 1950 bis 1961 hat hierfür nur bedingten Aussagewert, da der Ersatz unwirtschaftlicher Glasflächen durch moderne Anlagen in diesem Wert nicht zum Ausdruck kommt.

Im Durchschnitt der Jahre 1962 - 1965 wurde für Zierpflanzenbetriebe ein mittlerer Kapitalbesatz (Wirtschaftsgebäude und Glasflächen) von 2,30 DM je Einheitsquadratmeter (Eqm) ermittelt¹²; das entspricht einem Wert von 23 bis 37 DM/qm Glasfläche oder von 4,60 DM/qm Freiland. Hieraus ergibt sich ein Kapitalbesatz von rund 25 Mill. DM. Die Nettoinvestitionen betragen in diesem Zeitraum durchschnittlich 0,30 DM/Eqm, das sind insgesamt im Zierpflanzenbau etwa 4 Mill. DM jährlich.

Neben den Produktionsflächen unter Glas wurde in den letzten Jahren verstärkt an technischer Ausstattung der Betriebe investiert. So waren 1961 in 89 Betrieben Frischluftlager mit 15 638 cbm Volumen und in 23 Gärtnereien maschinengekühlte Lager mit 1 363 cbm Volumen vorhanden. Auch Einbau und Verbesserung der Heizungsanlagen gehören zu den wichtigen technischen Investitionen der letzten Jahre. 380 Betriebe besaßen 1961 selbsttätige Temperaturregler, 230 eine Ölheizung. Ihre Zahl dürfte in der Zwischenzeit noch gestiegen sein.

Dipl.-Gärtner Franz Rickert

Vergleiche auch: "Anbau von Zierpflanzen" in Wirtschaft und Statistik 1966, S. 775 (Dezember)

11) Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, "Grüner Bericht"

12) Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, "Buchführungsergebnisse im Gartenbau"

Öffentliche Wasserversorgung und öffentliches Abwasserwesen in Schleswig-Holstein und den Bundesländern 1963

Wasser gehört zu den unverzichtbaren Lebensnotwendigkeiten. Noch ist es in unseren geographischen Breiten zwar kein seltenes Gut, mit steigendem Wohlstand nimmt aber die Beanspruchung des Wasserhaushalts ständig zu. Dies hat dazu geführt, daß besonders in Ballungsgebieten das Wasser zu einem ökonomischen Faktor wird und damit in die Reihe der knappen Güter gehört. Es hat wie jedes wirtschaftliche Gut seinen Preis. Die schnelle Zunahme des Wasserverbrauchs - soweit dieser durch Einrichtungen der öffentlichen zentralen Wasserversorgung gedeckt wird - ist daraus zu ersehen, daß von 1957 bis 1963 die geförderte Wassermenge von 60 Mill. cbm auf 85 Mill. cbm oder um zwei Fünftel erhöht wurde. Neben der öffentlichen Wasserversorgung ist die Wasserwirtschaft der Industrie die andere große Beteiligte; sie verbrauchte 1957 etwa 88 Mill. cbm, 1963 waren es bereits 107 Mill. cbm oder gut ein Fünftel mehr.

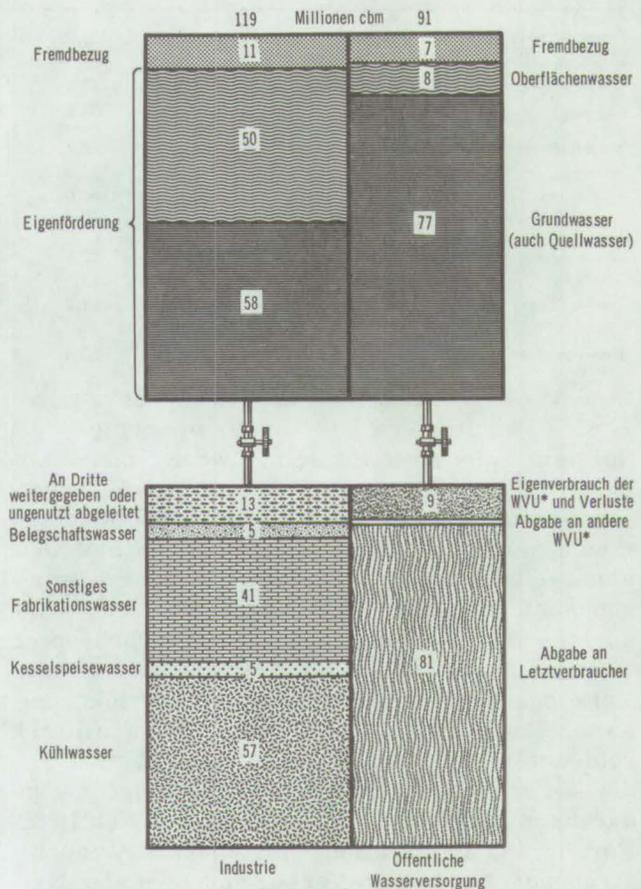
Wasseraufkommen und -verwendung 1963
- Mill. cbm -

Industrie		Öffentliche Wasserversorgung	
Aufkommen			
Grundwasser (auch Quellwasser)	58	Grundwasser (auch Quellwasser)	77
Oberflächenwasser	50	Oberflächenwasser	8
Eigenförderung	108	Eigenförderung	85
Fremdbezug	11	Fremdbezug	7
Zusammen	119	Zusammen	91
Verwendung			
Kühlwasser	57	Abgabe an Letztverbraucher	81
Kesselspeisewasser	5	Abgabe an andere WVU ¹⁾	1
Sonst. Fabrikationswasser	41	zur Weiterverteilung	1
Belegschaftswasser	5	Eigenverbrauch der WVU und Verluste	9
Zusammen	107		
An Dritte weitergegeben oder ungenutzt abgeleitet	13		
Zusammen	119	Zusammen	91

1) WVU = Wasserversorgungsunternehmen

Bei einem Vergleich des Wasseraufkommens in der Industrie mit dem der öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen fällt auf, daß die Industrie (Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten) einen größeren Wasserhaushalt aufzuweisen hat als die über 600 Unternehmen, die das öffentliche Versorgungsnetz bilden. Allerdings zeigen sich in der qualitativen Zusammensetzung des Wasseraufkommens deutliche Unterschiede; während die Industrie beinahe die Hälfte ihres Ver-

WASSERAUFKOMMEN UND VERWENDUNG 1963



*) WVU = Wasserversorgungsunternehmen

D-3802

brauchs aus dem weniger wertvollen Oberflächenwasser entnimmt, war es bei der öffentlichen Wasserversorgung nur knapp ein Zehntel; über neun Zehntel kamen aus dem Grundwasser, wobei der Anteil des Quellwassers mit 0,4% der Eigenförderung in Schleswig-Holstein bedeutungslos ist. In Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern liegt der Anteil des Quellwassers zwischen 30 und 40%.

Versorgungsgrad in den Ländern

In Schleswig-Holstein war nach dem Bevölkerungsstand vom 30.6.1963 ein Viertel aller Einwohner des Landes nicht an eine öffentliche zentrale Wasserversorgungseinrichtung angeschlossen, im Durchschnitt des Bundesgebietes traf das nur für weniger als ein Zehntel der Bevölkerung zu. Die Stadtstaaten (Hamburg, Bremen und Westberlin) und ein Flächenland, nämlich das Saarland, hatten bereits 1963 eine lückenlose öffentliche Versorgung realisiert.

Öffentliche zentrale Wasserversorgung in den Ländern 1963

Land	Zentral versorgte Einwohner in % aller Einwohner	Wasserabgabe an Letztverbraucher	
		Mill. cbm	In cbm je versorgten Einwohner
Schleswig-Holstein	(74,8)	81,3	(46,0)
Hamburg	100	115,3	62,3
Niedersachsen	77,0	249,4	47,9
Bremen	100	36,5	50,6
Nordrhein-Westfalen	94,4	1 200,3	78,1
Hessen	98,9	266,6	54,2
Rheinland-Pfalz	98,8	158,8	46,0
Baden-Württemberg	96,6	470,4	60,3
Bayern	82,3	506,5	62,8
Saarland	100	47,9	43,5
Berlin (West)	100	139,6	64,2
Bundesgebiet	91,0	3 272,8	62,4

Eine beachtliche Erhöhung des Versorgungsgrades dürfte seitdem auch in Schleswig-Holstein eingetreten sein, wenn man als Indiz dafür die in den öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen getätigten Investitionen heranzieht. In den Jahren 1964 bis 1966 sind weitere 59 Mill. DM von Wasserversorgungsunternehmen investiert worden¹. Im übrigen kann nicht ohne weiteres behauptet werden, daß die noch nicht an das öffentliche Versorgungsnetz angeschlossene Bevölkerung zwangsläufig auch quantitativ und qualitativ schlechter mit Wasser versorgt sein muß als die "öffentlich versorgte" Bevölkerung. Es ist durchaus die Frage, ob eine totale öffentliche Versorgung unter allen Umständen den anzustrebenden optimalen Versorgungszustand darstellt.

Über den Wasserverbrauch allein der zentralversorgten Einwohner liegen keine Angaben vor, da der Verbrauch nicht nach den verschiedenen Abnehmergruppen (private Haushalte, gewerbliche Betriebe, öffentliche Einrichtungen u. a.) aufgegliedert wurde. Die in der Tabelle aufgeführte Wasserabgabe an Letztverbraucher schließt alle aus dem öffentlichen Netz entnehmenden Verbraucher ein, daher kann die "je versorgten Einwohner" berechnete Abgabemenge nur einen Anhalt für die allgemeine Intensität des Wasserverbrauchs darstellen. Diese hängt von der Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur des jeweiligen Raumes ab. Die Intensität nimmt generell mit steigender Größenklasse des Wasseraufkommens - das entspricht größeren Gemeinden - zu; in Schleswig-Holstein steigt sie von 36 cbm Wasseraufkommen je versorgten Einwohner in den kleinen Gemeinden bis auf mehr als 50 cbm in den vier kreisfreien Städten.

1) Quelle: Landesamt für Wasserwirtschaft

Die Einwohner der kreisfreien Städte - von Neumünster abgesehen - wurden bereits 1963 vollständig aus dem zentralen Netz mit Wasser versorgt. Unter den Kreisen erreichten nur Eiderstedt und Norderdithmarschen annähernd diesen Zustand. In den Kreisen Flensburg und Segeberg war 1963 lediglich knapp die Hälfte der Einwohner zentral versorgt.

Wasserversorgung in den Kreisen 1963

KREISFREIE STADT Kreis	Zentral versorgte Einwohner in % aller Einwohner	Wasserabgabe	
		Mill. cbm	In cbm je versorgten Einwohner
FLENSBURG	100	4,5	46,5
KIEL	99,9	15,0	55,6
LÜBECK	100	9,9	41,7
NEUMÜNSTER	95,3	4,1	56,9
Eckernförde	64,7	1,5	34,8
Eiderstedt	98,6	0,7	34,5
Eutin	87,3	2,8	35,4
Flensburg-Land	41,1	1,5	55,8
Hzgt. Lauenburg	68,1	3,1	33,6
Husum	67,4	2,0	47,1
Norderdithmarschen	98,5	2,2	38,7
Oldenburg (Holstein)	63,0	2,4	47,7
Pinneberg	77,8	7,0	44,5
Plön	68,8	2,4	30,8
Rendsburg	70,0	4,8	43,2
Schleswig	53,1	1,9	37,1
Segeberg	47,2	2,3	50,0
Steinburg	88,2	5,6	51,4
Stormarn	62,1	3,2	34,4
Süderdithmarschen	65,9	2,1	43,5
Südtondern	75,3	2,2	47,0
Schleswig-Holstein	78,2	81,3	44,0

Nach der obenstehenden Kreistabelle ergibt sich für Schleswig-Holstein eine etwas bessere Versorgungslage als nach der ersten Tabelle mit den Länderzahlen. Der von 74,8% auf 78,2% erhöhte Versorgungsgrad kommt dadurch zustande, daß in der Kreistabelle nahezu 80 000 versorgte Einwohner mehr enthalten sind, die in den Kreisen Pinneberg und Stormarn von Wasserwerken in Hamburg unmittelbar beliefert werden. In der Länderübersicht ist demgegenüber nur die von schleswig-holsteinischen Wasserversorgungsunternehmen belieferte Bevölkerung enthalten. Aus demselben Grunde ist auch die Wasserabgabe je versorgten Einwohner dort größer. Von den über 600 Wasserversorgungsunternehmen des Landes wurde knapp ein Drittel in einer öffentlichen Rechtsform betrieben, hauptsächlich als Eigenbetriebe. Gut zwei Drittel der an der öffentlichen Wasserversorgung beteiligten Unternehmen hatten private Rechtsformen, wobei die eingetragenen Wasserversorgungsgenossenschaften in Schleswig-Holstein noch besonders häufig vor-

kommen; etwa die Hälfte aller im Bundesgebiet überhaupt registrierten genossenschaftlichen WVU waren 1963 in Schleswig-Holstein tätig. Für die Versorgung haben jedoch die öffentlich-rechtlichen Unternehmen eindeutig das Übergewicht; mehr als neun Zehntel des gesamten Wasseraufkommens im Lande fiel bei ihnen an, allein über 80% bei den Eigenbetrieben; die Verbände bestritten nur ungefähr ein Zehntel des Aufkommens, bei ihnen ist aber der Anteil des fremdbezogenen Wassers mit gut einem Viertel, bei durchschnittlich etwas mehr als 7%, unverhältnismäßig hoch. Der Versorgungsanteil der vielen, aber kleinen Unternehmen in privater Rechtsform belief sich nur auf etwa 6%.

Abwasserwesen

In 200 Gemeinden des Landes war 1963 eine Sammelkanalisation als erste Voraussetzung für eine den heutigen hygienischen Vorstellungen entsprechende Beseitigung des Abwassers vorhanden. Da die größeren Gemeinden in aller Regel früher als kleine Landgemeinden mit der Einrichtung zentraler Ortsentwässerungsanlagen begonnen haben, ist die Zahl der Gemeinden allein nicht genügend aussagefähig für die Beurteilung des in Frage stehenden Sachverhalts. Einen besseren Maßstab dürfte die in diesen Gemeinden wohnende Bevölkerung abgeben, die sich am 30.6.1963 auf fast 1,7 Mill. Personen stellte; allerdings muß einschränkend bemerkt werden, daß zum Erhebungszeitpunkt etwa 354 000 Einwohner "sammelkanalisierter" Gemeinden noch nicht an die im Gemeindegebiet vorhandenen Einrichtungen "angeschlossen" waren. Es ergibt sich somit, daß in Schleswig-Holstein 1963 rund 55% der Bevölkerung die Vorteile einer Sammelkanalisation in Anspruch nehmen konnten. Zum Vergleich sei angeführt, daß 1957 noch nicht für die Hälfte der Bevölkerung (48%) diese Möglichkeit bestand. Überdies ist sicher, daß sich seit 1963 die Situation abermals merklich verbessert hat. Im Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin-West) waren 1963 knapp 69% und 1957 nicht ganz 59% der Bevölkerung an eine öffentliche Sammelkanalisation "angeschlossen". Für die Wasserwirtschaft ist es weiterhin von erheblicher Bedeutung, ob das gebrauchte Wasser mit allen Verunreinigungen abgeleitet wird, oder ob das Abwasser, bevor es in einen Fluß, einen See oder sonstwie abgeleitet wird, über eine Kläranlage läuft. Wieder an den "versorgten" Einwohnern gemessen, wurde 1963 für rund 916 000 Personen - das waren 39% der Bevölkerung des Landes - das anfallende Abwasser über gemeinde- oder verbandseigene Kläranlagen geleitet, für 387 000 Einwohner (16%) wurde das Abwasser zwar in eine zentrale

öffentliche Kanalisationsanlage geleitet, aber ohne daß irgend eine Klärung vorgenommen wurde. Auch in dieser Hinsicht ist von 1957 bis 1963 - und sicher fortgesetzt bis heute - eine Verbesserung erreicht worden. Im Bundesdurchschnitt liegen die Dinge noch günstiger; hier war 1963 etwa die Hälfte der Bundesbürger (1957: nur 37,6%) an Kläranlagen angeschlossen.

Die nachstehende Tabelle vermittelt einen Überblick über die Abwasserbeseitigung in den einzelnen Ländern. Dabei wird von der jeweiligen Gesamtbevölkerung ausgegangen. Daneben gestellt sind - gemessen an der Einwohnerzahl - Gemeinden mit öffentlicher Sammelkanalisation, wobei für die Klassifizierung als "kanalisierte Gemeinde" nicht Bedingung war, daß auch alle Einwohner tatsächlich "angeschlossen" waren, d. h. auf Grundstücken wohnten, die mit einem öffentlichen Kanalisationssystem verbunden waren. Danach sind die Stadtstaaten als vollkommen "kanalisierte" Gemeinden anzusehen; im Saarland ist in allen Gemeinden eine öffentliche Sammelkanalisation vorhanden. Im Saarland war auch der effektive "AnschlieBungsgrad" mit neun Zehntel der Bevölkerung am höchsten, an zweiter Stelle stand damals Bremen mit 89%. In Hamburg und Berlin (West) waren 1963 noch ungefähr 15% der Bevölkerung ohne Anschluß an die im Stadtgebiet vorhandenen Kanalisationsanlagen. Die Verhältnisse in den Flächenländern sind wegen der unterschiedlichen natürlichen Gegebenheiten, der geringeren Bevölkerungsdichte und aufgelockerten Siedlungsweise - um nur einige Unterschiede anzudeuten - nur mit Einschränkungen mit der

Öffentliche Sammelkanalisation in den Ländern 1963

Land	Einwohner am 30.6.1963			
	insgesamt in 1 000	In "kanalisierten" Gemeinden	an Sammel- kanalisa- tion ange- schlossen	an Kläranlagen ¹ ange- schlossen
- In % von Spalte 1 -				
Schleswig-Holstein	2 364	70	55	39
Hamburg	1 851	100	84	62
Niedersachsen	6 762	66	54	48
Bremen	721	100	89	3
Nordrhein-Westfalen	16 276	92	74	61
Hessen	4 974	93	83	50
Rheinland-Pfalz	3 494	82	67	29
Baden-Württemberg	8 081	93	78	52
Bayern	9 805	70	55	40
Saarland	1 102	100	90	32
Berlin (West)	2 177	100	85	85
Bundesgebiet	57 606	85	70	51

1) gemeinde- oder verbandseigene

Situation in den Stadtstaaten und auch untereinander zu vergleichen. Es ist daher um so bemerkenswerter, daß in Hessen 83% der Einwohner und damit kaum weniger als in Hamburg an die öffentliche Sammelkanalisation angeschlossen waren. Es wurde bereits auf die Bedeutung der weiteren Behandlung des Abwassers hingewiesen. Wenn die Verunreinigung des gebrauchten Wassers weiterhin zunehmen sollte, wird es umso nötiger werden, das Abwasser vor der endgültigen Ableitung in die Gewässer oder den Untergrund von den mit dem Gebrauch des Wassers aufgenommenen Fremdbestandteilen zu reinigen. Dazu sind Kläranlagen erforderlich, die mechanisch, biologisch oder in einer Kombination beider Verfahren eine möglichst weitgehende Reinigung des Abwassers bewirken sollen. Im Bundesgebiet wurde 1963 - wenn man grob gerechnet für jeden Einwohner die gleiche Abwassermenge ansetzt - etwa die Hälfte des Abwassers über Kläranlagen geleitet. Hier steht Berlin (West) vor Hamburg und Nordrhein-Westfalen, während in Bremen mit Abstand relativ am wenigsten Abwasser über Kläranlagen abgeleitet wird. Das öffentliche Kanalisationsnetz wird außer von privaten Haushalten, Krankenhäusern, Behörden usw. auch noch in erheblichem Umfang von der Industrie benutzt. Die abgeleiteten Mengen konnten zwar nur geschätzt werden, dürften aber trotzdem brauchbare Größenvorstellungen vermitteln: Im Bundesgebiet waren es täglich

beinahe 1,4 Mill. cbm Abwasser der Industrie, die über öffentliche Sammelkanalisationsleitungen unmittelbar in Gewässer abgeleitet wurden, gut die Hälfte dieser Menge entfiel auf Nordrhein-Westfalen. In Schleswig-Holstein waren es nur 17 000 cbm pro Tag.

In Schleswig-Holstein sind alle Gemeinden, die am 30.6.63 mehr als 10 000 Einwohner hatten, mit einer Sammelkanalisation versehen. In jeder Größenklasse gab es aber Gemeinden, in denen ein Teil der Bevölkerung noch nicht an die öffentliche Sammelkanalisation angeschlossen war. Dabei war der Anteil der "kanalisierten" Einwohner um so höher, je größer die Gemeinde war. Er belief sich bei den kleinen Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern auf 6% und stieg in den beiden großen Gemeinden Kiel und Lübeck zusammengenommen auf über 90% an. Ähnlich liegen die Dinge auch im Bundesgebiet, allerdings mit dem Unterschied, daß hier die kleineren Gemeinden mit 33% besser "versorgt" erscheinen als die entsprechenden schleswig-holsteinischen. Weitere Angaben sind in der untenstehenden Tabelle enthalten.

Kläranlagen

Zur Reinigung des Abwassers standen 1963 in Schleswig-Holstein 121 Kläranlagen zur Verfügung, im Bundesgebiet waren es 3 274. Überwiegend handelt es sich um gemeinde-eigene Anlagen, und zwar um 119 Anlagen in Schleswig-Holstein und 2 982 im Bund. 99 Abwasserverbänden im Bundesgebiet gehörten 292 Anlagen. In Schleswig-Holstein fielen täglich fast 170 000 cbm, im Bund über 9,5 Mill. cbm Abwasser zur Reinigung an. Während in Schleswig-Holstein täglich knapp 100 000 cbm - also weit mehr als die Hälfte des Abwassers - mechanisch und vollbiologisch gereinigt wurden, waren es im Bund zwar 2,7 Mill. cbm täglich, aber nur 30% der gesamten Abwassermenge; mehr als die Hälfte, nämlich 5,3 Mill. cbm pro Tag wurden lediglich mechanisch gereinigt. Verhältnismäßig gering war in Schleswig-Holstein der Anteil des mechanisch und teilbiologisch geklärten Abwassers, nämlich 5 400 cbm täglich oder rd. 3% der Klärleistung. Im Bundesgebiet wurden nach diesem Verfahren 1,5 Mill. cbm täglich, das entspricht rd. 15% der Klärleistung, bearbeitet. Zu ergänzen ist noch, daß in Nordrhein-Westfalen nicht die Gemeinden - wie in Schleswig-Holstein - die Hauptträger der Abwasserbeseitigung sind, sondern daß dort Abwasserverbände mehr als drei Viertel der anfallenden Abwassermenge aufnehmen.

Öffentliche Sammelkanalisation nach der Gemeindegröße

Gemeindegrößenklasse (Einwohner)	Einwohner am 30.6.1963		
	Insgesamt in 1 000	an	
		in "kanalisierten" Gemeinden	Sammel- kanalisation ange- schlossen
		- in % von Spalte 1 -	
		Schleswig-Holstein	
unter 2 000	631	13	6
2 000 - 5 000	255	60	37
5 000 - 10 000	256	79	52
10 000 - 20 000	237	100	73
20 000 - 100 000	478	100	84
100 000 und mehr	507	100	92
Insgesamt	2 364	70	55
		Bundesgebiet	
unter 2 000	12 462	48	33
2 000 - 5 000	6 918	77	55
5 000 - 10 000	5 379	91	68
10 000 - 20 000	4 220	97	76
20 000 - 100 000	9 399	100	88
100 000 und mehr	19 229	100	90
Insgesamt	57 606	85	70

Begriffe und Methoden

Rechtsgrundlage für die Erhebung war die "Verordnung über die Statistik in der öffentlichen Wasserversorgung und im öffentlichen Abwasserwesen" vom 12. März 1964 (Bundesanzeiger Nr. 56 vom 20. März 1964).

Danach waren hinsichtlich der öffentlichen Wasserversorgung alle Gemeinden sowie Wasserversorgungsunternehmen (Körperschaften, Verbände, Firmen) berichtspflichtig, wenn sie Wasser für die öffentliche Versorgung durch ein Rohrnetz an die Letztverbraucher im eigenen Versorgungsgebiet oder an andere Wasserversorgungsunternehmen zur Weiterverteilung abgaben. Angaben über das öffentliche Abwasserwesen hatten alle Gemeinden mit Abwasserkanalisation und alle Abwasserverbände zu machen.

In die Erhebung nicht einbezogen wurden Industriebetriebe, militärische Dienststellen, Krankenhäuser u. ä. mit ihren eigenen Wasserversorgungs- oder Abwasserkläranlagen.

Öffentliche Wasserversorgung

Grundwasser ist das unterirdisch anstehende Wasser einschließlich des uferfiltrierten und künstlich durch Infiltration oder Anreicherung gewonnenen Wassers. Quellwasser ist eine besondere Art des Grundwassers, und zwar der örtlich begrenzte natürliche Grundwasseraustritt, auch nach künstlicher Fassung der Quelle.

Oberflächenwasser wird durch direkte Entnahme aus natürlichen oder künstlichen oberirdischen Gewässern wie Flüsse, Seen, Talsperren, Kanäle gewonnen.

Fremdbezug liegt dann vor, wenn Wasser von einem anderen Unternehmen der öffentlichen Versorgung oder von nicht meldepflichtigen Institutionen (z. B. Industrie, Bundeswehr u. a.) zur Weiterverteilung oder Abgabe an Letztverbraucher bezogen wurde.

Letztverbraucher sind Haushalte, Betriebe, Anstalten, Behörden usw. mit denen das abgegebene Wasser unmittelbar abgerechnet wird. Es war die Zahl der Einwohner anzugeben, die am 30. 6. 1963 auf den an das öffentliche Versorgungsnetz angeschlossenen Grundstücken wohnten.

Öffentliches Abwasserwesen

Eine öffentliche Sammelkanalisation ist ein Rohrleitungssystem, in dem Schmutz- und ggf. Regenwasser gesammelt wird, um es entweder unmittelbar in Gewässer oder den Untergrund abzuleiten oder in eine (gemeinde- oder verbands-eigene) Kläranlage zur Reinigung weiterzuleiten.

Es wurden folgende Reinigungsarten unterschieden:

1. Mechanische Reinigung ist dann gegeben, wenn Absetzbecken zur Beseitigung der absetzbaren Stoffe vorhanden sind und betrieben werden. Der Betrieb von Rechen- oder Siebanlagen gilt hier nicht als mechanische Reinigung.

2. Teilbiologische Reinigung ist dann gegeben, wenn eine Reinigungsleistung von weniger als 75 % der Rohwasserbelastung erreicht wird, oder nur ein Teil des gesamten Abwassers einer biologischen Reinigung unterliegt.

3. Vollbiologische Reinigung ist dann gegeben, wenn (mit oder ohne mechanische Vorreinigung) Belebtschlamm- oder Tropfkörper vorhanden sind und mit einer Reinigungsleistung von 75 % und mehr des gesamten Abwassers betrieben werden.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Vergleiche auch: "Zentrale Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung" in Stat. Monatsh. S.-H. 1964, S. 303 (Dezember) und "Öffentliche Wasserversorgung und öffentliches Abwasserwesen" in Wirtschaft und Statistik 1966, S. 483 (August). Weiteres Zahlenmaterial - auch Länderergebnisse - siehe "Öffentliche Wasserversorgung und öffentliches Abwasserwesen 1963" in Fachserie D, Industrie und Handwerk, Reihe 5, herausgegeben vom Stat. Bundesamt, Wiesbaden

Die Kriegsofopferfürsorge 1963 bis 1965

Die Kriegsofopferfürsorge gehört zum Gesamtsystem der Kriegsofopferversorgung. Sie ergänzt die schematische Kriegsofopfer-Rentenversorgung durch Maßnahmen, die dem Einzelfall angepaßt sind und individuelle Schwierigkeiten beheben sollen. Diese Unterscheidung erinnert an die Parallele im Sozialhilferecht, das die Hilfe zum Lebensunterhalt und die Hilfen in besonderen Lebenslagen kennt. Die wesentlichsten Leistungsgebiete der Kriegsofopferfürsorge sind die Berufsförderung für Beschädigte und Witwen, die Erziehungsbeihilfen für Waisen und Kinder von Beschädigten, die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt für Beschädigte und Hinterbliebene, die Erholungsfürsorge und die Wohnungsfürsorge.

Die vergleichsweise geringe Bedeutung, die der Kriegsofopferfürsorge - finanziell gesehen - im Rahmen der Kriegsofopferversorgung zu-

kommt, wird am sinnfälligsten durch eine Gegenüberstellung des Aufwandes gezeigt: 1965 belief sich beispielsweise der Aufwand für die Kriegsofopfer-Rentenversorgung im Bundesgebiet auf 5,2 Mrd. DM, der der Kriegsofopferfürsorge auf rund 378 Mill. DM; das sind 7% des Jahresaufwandes für die Kriegsofopfer-Rentenversorgung. In Schleswig-Holstein ergab sich ungefähr das gleiche Verhältnis.

Die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, die bis 1962 auf das Kriegsofopfer- und das Fürsorgerecht gegründet war, hat im Ersten Neuordnungsgesetz vom 27. 6. 1963 (BGBl. I S. 453) eine einheitliche Rechtsgrundlage durch die Neufassung des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) und den kürzeren Namen "Kriegsofopferfürsorge" bekommen. Der besondere Personenkreis und der Fürsorgecharakter eigener Art sind

erhalten geblieben; es besteht aber nunmehr ein Rechtsanspruch auf die Leistungen der Kriegsofopferfürsorge (§ 25 Abs. 3 BVG).

Die Durchführung obliegt den Ländern; die Träger der Kriegsofopferfürsorge sind die kreisfreien Städte und Kreise als örtliche Träger sowie die Hauptfürsorgestelle beim Landessozialamt als überörtlicher Träger. Die örtlichen Träger erledigen diese Arbeiten als Selbstverwaltungsangelegenheiten; sie unterhalten besondere Fürsorgestellen für Kriegsofopfer.

Die Jahresstatistik der Kriegsofopferfürsorge beruht seit 1963 auf dem Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsofopferfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. 1. 1963 (BGBl. I S. 49). Während die Ergebnisse früher im Rahmen des Statistischen Berichts K 1 1 "Die öffentliche Fürsorge in Schleswig-Holstein" veröffentlicht wurden, bilden sie jetzt den selbständigen Bericht K 1 5 und füllen mehrere Tabellen, die über Ausgaben und Einnahmen sowie Empfänger der Kriegsofopferfürsorge, getrennt nach Hilfearten, berichten. Die statistischen Nachweisungen erfassen die Leistungen der Kriegsofopferfürsorge gemäß §§ 25 bis 27e und § 64b des Bundesversorgungsgesetzes sowie gemäß der Verordnung zur Kriegsofopferfürsorge vom 30. 5. 1961/27. 8. 1965 einschl. der entsprechenden Leistungen nach dem Gesetz über die Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von Kriegsgefangenen in der Fassung vom 27. 6. 1960 (BGBl. I S. 453 (475)), ferner die Leistungen nach § 80 des Soldatenversorgungsgesetzes in der Fassung vom 8. 9. 1961 (BGBl. I S. 1685), nach den §§ 4 und 5 des Häftlingshilfegesetzes in der Fassung vom 25. 7. 1960 (BGBl. I S. 578) und § 33 des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst vom 13. 1. 1960 (BGBl. I S. 10). Auskunftspflichtig sind die Träger der Kriegsofopferfürsorge.

Die Statistik dient gleichzeitig der jährlichen Abrechnung der Länder mit dem Bund. Das Verrechnungsrecht ist durch das Zweite Neuordnungsgesetz vom 21. 2. 1964 (BGBl. I S. 85) ab Januar 1964 geändert worden. Danach sind - unter Wegfall des bisherigen Pauschalierungsverfahrens - alle Aufwendungen für die Kriegsofopferfürsorge einzeln mit dem Bund verrechnungsfähig. Der Bund trägt nunmehr 80%

aller Ausgaben der Kriegsofopferfürsorge für die Berechtigten nach dem BGV sowie für die Angehörigen von Kriegsgefangenen und die ehemaligen politischen Häftlinge im Inland. Die Leistungen an Wehrdienstbeschädigte und Ersatzdienstbeschädigte und Hinterbliebene übernimmt er dagegen in voller Höhe; das gleiche gilt für die Leistungen an sämtliche Berechtigte im Ausland. Dementsprechend ist der statistische Nachweis aufgebaut. Die Leistungen für Sonderfürsorgeberechtigte gem. § 27c BVG (Kriegsblinde, Ohnhänder, Hirnbeschädigte, Querschnittsgelähmte u. a.) werden wegen ihrer fürsorgerischen Bedeutung jeweils gesondert ausgewiesen.

Ausgaben und Einnahmen

Die Bruttoausgaben für die Kriegsofopferfürsorge in Schleswig-Holstein betragen 1963 bis 1965 11,9, 11,5 und 12,5 Mill. DM. Gemessen an den Renten der Kriegsofopferversorgung, die in den Berichtsjahren 153, 186 und 202 Mill. DM ausmachten, haben sich die Leistungen der Kriegsofopferfürsorge anteilmäßig verringert, nämlich von 8% im Jahre 1963 auf jeweils 6% in den Jahren 1964 und 1965. Von 1963 auf 1964 ist der Betrag der Bruttoausgaben um 4% gefallen, von 1964 auf 1965 um 9% gestiegen; der Anstieg blieb damit hinter dem durchschnittlichen Anstieg im Bundesgebiet, der 1965 14% betrug, zurück. Die stärkste Zuwachsrate hatten 1964 auf 1965 das Saarland mit 37% sowie Bayern und Rheinland-Pfalz mit 24 und 22%. In Berlin (West) und Hamburg stiegen die Ausgaben um je 11%. Lediglich in Niedersachsen blieb der Ausgabenbetrag in beiden Jahren gleich.

Den Bruttoausgaben für die Kriegsofopferfürsorge standen 1965 Einnahmen von 1,5 Mill. DM gegenüber, so daß die reinen Ausgaben 11,0 Mill. DM betragen. Es konnten also 12% der Ausgaben durch Einnahmen gedeckt werden. Die Einnahmen erhöhten sich von

Aufwand der Kriegsofopferfürsorge 1965 nach Hilfearten und Trägern

Art der Hilfe	Bruttoausgaben insgesamt 1965		davon entfielen auf die					
			kreisfreien Städte		Kreise		Hauptfürsorgestelle	
	1 000 DM	% ↓	1 000 DM	% ←	1 000 DM	% ←	1 000 DM	% ←
Berufsfürsorge	1 165	9,3	263	22,6	519	44,6	383	32,9
Erziehungsbeihilfen								
an Kinder von Beschädigten	1 890	15,2	353	18,7	1 536	81,3	-	-
an Waisen	5 057	40,6	1 289	25,5	3 768	74,5	-	-
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt								
an Beschädigte	876	7,0	410	46,8	466	53,2	-	-
an Hinterbliebene	892	7,2	455	51,0	437	49,0	-	-
Erholungsfürsorge	339	2,7	102	30,1	237	69,9	-	-
Wohnungsfürsorge	803	6,4	28	3,5	81	10,1	693	86,4
Sonstige Hilfen	1 449	11,6	524	36,1	895	61,7	31	2,1
Insgesamt	12 470	100	3 424	27,5	7 939	63,7	1 107	8,9

807 000 DM im Jahre 1963 auf 1 176 000 DM 1964 und 1 509 000 DM im Jahre 1965. Sie stiegen damit stärker als die Ausgaben, so daß der Anteil der reinen Ausgaben am Bruttoaufwand von 93% auf 88% zurückging. Auf Tilgung und Zinsen von Darlehen entfielen 1965 588 000 DM, während der größere Teil der Einnahmen (61%) aus Ansprüchen der Hilfeempfänger gegenüber Rentenversicherungen und Krankenkassen gemäß § 27e BVG erzielt wurde. Zuweisungen anderer Kostenträger (Bund, Staat) sind in den erwähnten Einnahmen nicht enthalten.

99% der Aufwendungen der Kriegsofferfürsorge fielen auf die eigentlichen Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen. Ansonsten waren lediglich die Ausgaben für Wehrdienstbeschädigte mit noch nicht 1% erwähnenswert.

Die Ausgaben für Hilfeberechtigte mit Wohnsitz im Ausland waren 1965 mit 105 000 DM und einem Anteil von 0,8% an den Gesamtausgaben unbedeutend; sie wurden zu 99% in Form von Erziehungsbeihilfen an Waisen und ergänzender Hilfe zum Lebensunterhalt für Hinterbliebene gewährt. Zuständig für die Hilfgewährung an Berechtigte im Ausland sind die Hauptfürsorgestelle und die Fürsorgestelle Schleswig; die Zuständigkeit Schleswig-Holsteins ist auf die Hilfeempfänger in den nordischen Ländern beschränkt.

Von den Bruttoausgaben entfielen 1965 auf die Sonderfürsorgeberechtigten 2,2 Mill. DM (18%), d. h. 0,1 Mill. DM mehr als im Vorjahr. Der Anstieg von 1964 auf 1965 machte 6% aus und war damit geringer als der der Gesamtausgaben. Der Anteil am Gesamtaufwand blieb der gleiche wie 1964, wo er ebenfalls 18% betragen hatte; 1963 waren es 19% der Gesamtausgaben gewesen.

Die Leistungen der Kriegsofferfürsorge wurden 1965 zu 91% als Beihilfen und nur zu 9% als Darlehen gewährt, letztere vor allem für die Wohnungsfürsorge (698 000 DM) und die Berufsfürsorge (383 000 DM). 1963 und 1964 war der Darlehensanteil geringer gewesen, und zwar hatte er 7% und 6% betragen.

9% der Bruttoausgaben (1,1 Mill. DM) wurden 1965 von der Hauptfürsorgestelle, 63% (7,8 Mill. DM) von den Kreisen und 28% (3,4 Mill. DM) von den kreisfreien Städten verausgabt. Das Verhältnis war 1964 6 : 66 : 28% und 1963 7 : 64 : 29% gewesen.

Die Hauptfürsorgestelle betätigte sich auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge, der Berufsfürsorge und der sonstigen Hilfen; an den Kosten der Erziehungsbeihilfen, der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt und der Erholungsfürsorge beteiligte sich der überörtliche Träger überhaupt nicht.

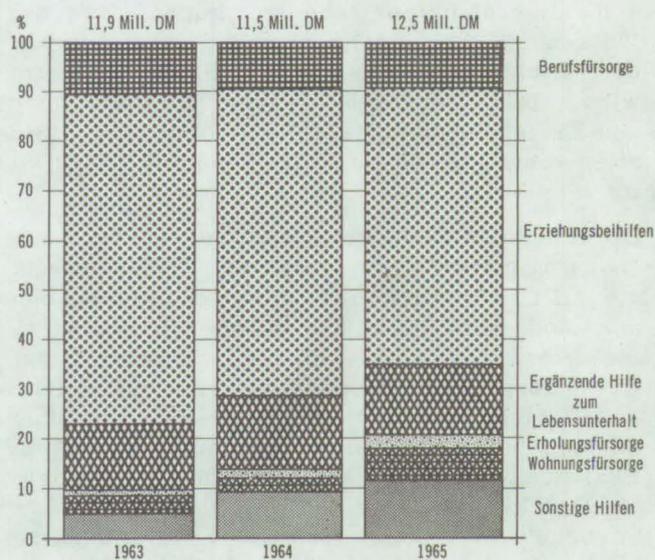
Für alle Hilfearten lag das Schwergewicht der Ausgaben bei den örtlichen Trägern, nur bei der Wohnungsfürsorge lag es beim überörtlichen Träger. Die Wohnungsfürsorge wurde von der Hauptfürsorgestelle ausschließlich in Form von Darlehen gewährt.

Die durchschnittliche Bruttobelastung je Einwohner Schleswig-Holsteins stieg von 2,19 DM im Rechnungsjahr 1955 auf 5,07 DM im Jahre 1965. Sie lag damit um 1,31 DM unter dem Bundesdurchschnitt, der besonders durch Hamburg mit 8,93 DM und Berlin (West) mit 12,04 DM je Einwohner auf 6,38 DM hochgetrieben wurde. Unter der Durchschnittsbelastung Schleswig-Holsteins lagen das Saarland mit 4,98 DM, Bayern mit 4,42 DM und Rheinland-Pfalz mit 4,00 DM.

Die Bruttoausgaben je Einwohner waren mit 6,61 DM im Kreise Steinburg am höchsten und mit 2,56 DM im Kreise Pinneberg am niedrigsten, wiesen also in ihrer regionalen Verteilung beachtliche Unterschiede auf. Die kreisfreien Städte Flensburg und Lübeck lagen mit 5,43 DM und 5,49 DM über dem Landesdurchschnitt, Kiel und Neumünster mit 4,54 DM und 4,78 DM darunter. Der Gesamtdurchschnitt der Kreise erreichte die Höhe von 4,46 DM, der der kreisfreien Städte 5,02 DM.

D - 3805

Ausgaben der Kriegsofferfürsorge 1963 bis 1965



Die Ausgaben nach Hilfearten

Der Anteil der einzelnen Hilfearten an dem gesamten Leistungsaufwand der Kriegsofferfürsorge war verschieden groß. Der größte Posten waren 1965 die Erziehungsbeihilfen mit 6,9 Mill. DM oder 56%. Es folgten mit Abstand die ergänzenden Hilfen zum Lebensunterhalt mit 1,8 Mill. DM oder 14%, die

sonstigen Hilfen mit 1,4 Mill. DM oder 12%, die Berufsfürsorge mit 1,2 Mill. DM oder 9%, die Wohnungsfürsorge mit 0,8 Mill. DM oder 6% und die Erholungsfürsorge mit 0,3 Mill. DM oder 3%.

Der Anteil der Erziehungsbeihilfen hat 1964 noch 7,1 Mill. DM oder 62% und 1963 7,9 Mill. DM oder 66% betragen, hat sich also von Jahr zu Jahr vermindert, während sich der Aufwand für die meisten anderen Leistungsarten gesteigert hat. Die Erziehungsbeihilfen stellten aber immer noch den weitaus größten Ausgabeposten der Kriegsofferfürsorge dar. Dabei haben die Erziehungsbeihilfen an Beschädigte für ihre Kinder zugenommen, die Erziehungsbeihilfen für Waisen aber stark abgenommen, weil die Kriegswaisen aus der Ausbildungsförderung herauswachsen. Gemessen am Gesamtaufwand der Kriegsofferfürsorge ist der Anteil der Erziehungsbeihilfen für Waisen in den drei Berichtsjahren von 54 über 47 auf 41% gefallen.

Die Erziehungsbeihilfen gingen 1965 zu 73% an Waisen und nur zu 27% an Beschädigte für ihre Kinder, da hier in der Regel infolge höheren Einkommens des Unterhaltspflichtigen die Voraussetzung für die Beihilfegewährung entfällt. Ein beträchtlicher Teil der Erziehungsbeihilfen, nämlich 2,9 Mill. DM oder 42%, wurde für das Hochschulstudium von Waisen und Kindern von Beschädigten ausgegeben. Die Pro-Kopf-Beträge waren bei Kindern von Beschädigten ebenso hoch wie bei Waisen (2 939 DM), obwohl bei ersteren das Einkommen des Beschädigten bewertet wird. Der Durchschnittssatz je Empfänger von Erziehungsbeihilfe ohne Hochschulstudium stieg von 1 501 DM im Jahre 1963 auf 1 616 DM im Jahre 1965.

Die Ausgaben für ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt machten 1963 bereits 1,6 Mill. DM oder 13% der Gesamtausgaben aus und sind bis 1965 um 10% gewachsen. Sie verteilten sich 1965 je zur Hälfte auf Zuwendungen an Beschädigte und auf solche an Hinterbliebene. Setzt man die Ausgaben zu den entsprechenden Empfängerzahlen in Beziehung, so ergab sich 1965 für Beschädigte ein Durchschnittssatz von 580 DM, für Hinterbliebene ein solcher von 267 DM. Die Sätze sind gegenüber 1964 um 2% und 10% niedriger.

Die sonstigen Hilfen erreichten nicht ganz die Höhe der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt, hatten aber einen verhältnismäßig viel stärkeren Anstieg von 584 000 DM im Jahre 1963 auf 1,4 Mill. DM 1965 (+ 148%) zu verzeichnen, wobei sich sowohl Beihilfen als auch Darlehen erhöht haben. Von dieser Hilfeart her ist in Schleswig-Holstein ebenso

wie im Bund die Struktur der Gesamtausgaben besonders stark beeinflusst worden.

Für die Berufsfürsorge für Beschädigte und Witwen wurde 1965 weniger als 1963 ausgegeben. Dabei haben sich die Ausgaben für Darlehen stark vermindert (von 508 000 DM auf 383 000 DM), während die Beihilfen gestiegen sind (von 718 000 DM auf 782 000 DM). Nachdem die berufliche Eingliederung der Beschädigten im großen und ganzen abgeschlossen ist, handelt es sich zu 33% um Förderungsmaßnahmen wie Kraftfahrzeugbeschaffung und -haltung sowie zu 63% um Maßnahmen der beruflichen Fortbildung, Umschulung und Ausbildung. Der Anteil der Sonderfürsorgeberechtigten war bei dieser Hilfeart besonders groß; ein Drittel des Gesamtaufwandes der Berufsfürsorge entfiel auf Sonderfürsorgeberechtigte.

Die Ausgaben für die Wohnungsfürsorge sind von 1963 auf 1964 zunächst gesunken, dann aber stark gestiegen. Das Schwergewicht der Wohnungsfürsorge lag eindeutig bei den Darlehen, die von 360 000 DM im Jahre 1963 auf 698 000 DM im Jahre 1965 zunahmen, während sich die Beihilfen nur von 91 000 DM auf 104 000 DM erhöhten.

An Erholungsfürsorge für Beschädigte und Hinterbliebene sind gegenüber 1965 196 000 DM mehr ausgegeben worden als 1963; mit 339 000 DM gegenüber 143 000 DM haben sich die Ausgaben mehr als verdoppelt.

Die Empfänger und die Fälle

Am 31. 12. 1963 wurden in Schleswig-Holstein 6 169 Empfänger laufender Leistungen aus der Kriegsofferfürsorge gezählt, Ende 1964 5 821 und Ende 1965 5 520, d. h. gegenüber 1963 11% weniger. Dieser Rückgang ist insbesondere auf die Abnahme der Empfänger ergänzender Hilfe zum Lebensunterhalt um 135 Personen und auf die schon erwähnte zahlenmäßige Verminderung der Kriegswaisen bei der Erziehungsbeihilfe (1 366) wegen Beendigung der Schul- und Berufsausbildung oder wegen Erreichung der Altersgrenze (25 Jahre) zurückzuführen.

Da jedoch in diesen Stichtagszahlen für Empfänger laufender Hilfen diejenigen Beschädigten und Hinterbliebenen nicht erfaßt wurden, die vor Ablauf des Jahres durch Tod oder Fortfall der Unterstützung aus der Fürsorge ausschieden, war die tatsächliche Empfängerzahl etwas größer. Die Differenz zwischen der ausgewiesenen und der tatsächlichen Empfängerzahl wird allerdings dadurch gemildert, daß Empfänger mehrerer Leistungsarten in der Statistik mehrfach enthalten sind.

Empfänger laufender Leistungen der Kriegsopferfürsorge 1965

Art der Hilfe	Empfänger insgesamt		davon entfielen auf die			
	Anzahl	%	kreisfreien Städte		Kreise	
			Anzahl	%	Anzahl	%
Berufsfürsorge	202	3,7	62	30,7	140	69,3
Erziehungsbeihilfen						
an Kinder von Beschädigten	1 466	26,6	308	21,0	1 158	79,0
an Waisen	1 962	35,5	553	28,2	1 409	71,8
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt						
an Beschädigte	334	6,1	102	30,5	232	69,5
an Hinterbliebene	751	13,6	410	54,6	341	45,5
Sonstige Hilfen	805	14,6	297	36,9	508	63,1
Insgesamt	5 520	100	1 732	31,4	3 788	68,6

Demgegenüber nahm die Gewährung einmaliger Leistungen aus der Kriegsopferfürsorge im Berichtszeitraum zu. Im Jahre 1963 wurden 1 277 einmalige Leistungen an Kriegsopfer gewährt, 1964 6 352 und 1965 7 388, d. h. die Zahl der Fälle stieg gegenüber 1963 um 397% und 479%.

Im Bundesgebiet erhielten 1965 167 000 Personen eine laufende Leistung, in 272 000 Fällen wurden einmalige Leistungen gewährt.

Die laufenden Leistungen am Jahresende 1965 gliederten sich anteilmäßig wie folgt: es gab 62% Empfänger von Erziehungsbeihilfen, 20% Empfänger von ergänzender Hilfe zum Lebensunterhalt und 14% Empfänger von sonstigen Hilfen; der Rest von 4% betraf die Empfänger von Berufsfürsorge.

Die Zahl der Empfänger von Erziehungsbeihilfen nahm von Jahr zu Jahr ab; sie betrug 1963 4 439, 1964 3 862 und 1965 3 428 Personen. Dennoch waren unter den mit laufender Hilfe der Kriegsopferfürsorge betreuten Personen die Empfänger von Erziehungsbeihilfen stets am zahlreichsten. Der Anteil dieser Empfängergruppe an der Gesamtzahl der von der Kriegsopferfürsorge laufend unterstützten Personen hatte im Jahre 1963 noch 72% und 1964 noch 66% betragen.

Von den Erziehungsbeihilfe-Empfängern waren 1965 57% Waisen und der übrige Teil Kinder von Beschädigten. Während die Zahl der Waisen von 3 328 Ende 1963 auf 2 484 Ende 1964 und 1 962 Ende 1965 abgenommen hat, ist die Zahl der Kinder von Beschädigten, die Erziehungsbeihilfe erhielten, von 1 111 über 1 378 auf 1 466 gestiegen. Die Kinder von Sonderfürsorgeberechtigten waren an der Gesamtzahl der Erziehungsbeihilfe-Empfänger von 1965 mit 17% beteiligt. Beihilfen zum Hochschulstudium sind in 990 Fällen gewährt worden. Sie wurden hauptsächlich von Kriegs-

waisen in Anspruch genommen (94%); ihre Zahl ist von 1963 bis 1965 gestiegen.

Auf 10 000 Einwohner Schleswig-Holsteins kamen am 31. 12. 1965 14 Empfänger von Erziehungsbeihilfe, während es 1964 16 und 1963 19 gewesen waren. Am Jahresende 1965 hatte der Kreis Stormarn die geringste Zahl von Erziehungsbeihilfe-Empfängern mit 8,2 auf 10 000 Einwohner, der Kreis Eckernförde mit 22,4 die höchste. In den kreisfreien Städten bewegte sich die Zahl der Empfänger zwischen 10,6 und 14,8. Die durchschnittliche Zahl der Empfänger von Erziehungsbeihilfe belief sich in allen kreisfreien Städten auf 12,6, in allen Kreisen auf 14,4 je 10 000 Einwohner. Die meisten Empfänger von Erziehungsbeihilfe lebten in Lübeck (1965: 356) und im Kreis Hzt. Lauenburg (278).

Laufende Leistungen in Form der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt bekamen am 31. 12. 1965 1 085 Personen, nachdem es am gleichen Tage des Vorjahres 1 340 gewesen waren. Diese Hilfeart wurde überwiegend Hinterbliebenen (751 = 69%) gewährt. Ein Zehntel dieser Gruppe waren 1965 Sonderfürsorgeberechtigte.

Die Zahl der Empfänger von sonstigen Hilfen ist am Stichtag 1963 bis 1965 von 329 auf 805 (+ 145%) angewachsen; hier war ein knappes Zehntel Sonderfürsorgeberechtigte.

Berufsfürsorge zur beruflichen Fortbildung, Umschulung usw. erhielten am Jahresende 1965 115 Personen, dieselbe Hilfeart zur Unterhaltung und zum Betrieb von Kraftfahrzeugen 87. Die Zahl der Empfänger hat sich seit 1963 auf etwa gleicher Höhe gehalten.

32% der Empfänger laufender Hilfen wurden im Jahr 1965 von den Fürsorgestellen der kreisfreien Städte und 68% von den Kreisen betreut. Fast 15% dieser Empfängergruppe waren Sonderfürsorgeberechtigte.

Fälle einmaliger Leistungen der Kriegsofopferfürsorge 1965

Art der Hilfe	Fälle insgesamt		davon entfielen auf die					
			kreisfreien Städte		Kreise		Hauptfürsorgestelle	
	Anzahl	% ↓	Anzahl	% ←	Anzahl	% ←	Anzahl	% ←
Berufsfürsorge	227	3,1	9	4,0	88	38,8	130	57,3
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt an Beschädigte	1 177	15,9	611	51,9	566	48,1	-	-
an Hinterbliebene	2 588	35,0	1 554	60,0	1 034	40,0	-	-
Erholungsfürsorge	860	11,6	275	32,0	585	68,0	-	-
Wohnungsfürsorge	219	3,0	23	10,5	65	29,7	131	59,8
Sonstige Hilfen	2 317	31,4	506	21,8	1 797	77,6	14	0,6
Insgesamt	7 388	100	2 978	40,3	4 135	56,0	275	3,7

Sämtliche Hilfearten mit Ausnahme der Erziehungsbeihilfen wurden auch in Form von einmaligen Hilfen gewährt. Ausschließlich einmalige Leistungen sind die Erholungs- und die Wohnungsfürsorge. Vielfach haben die Empfänger laufender Leistungen gleichzeitig einmalige Hilfen bekommen.

Von den gesamten 7 388 Leistungsfällen des Jahres 1965 entfielen 1 282 oder 17% auf Sonderfürsorgeberechtigte. Die einmaligen Hilfen wurden damit von den Sonderfürsorgeberechtigten häufiger in Anspruch genommen als die laufenden.

Die Fälle einmaliger Leistungen im Jahre 1965 gliederten sich wie folgt: es gab 3 765 Fälle von ergänzenden Hilfen zum Lebensunterhalt (51%), 2 317 Fälle, in denen sonstige Hilfen gewährt wurden (31%), 860 Fälle von Erholungsfürsorge (12%), 227 Fälle von Berufsfürsorge (3%) und 219 Fälle von Wohnungsfürsorge (3%).

Mehr als zwei Drittel der Empfänger von einmaligen Leistungen aus der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt waren Hinterbliebene, ihre Zahl hat gegenüber 1964 von 1 820 auf 2 588 zugenommen. Für Beschädigte wurde im Jahre 1965 in 1 177 Fällen einmalige ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt.

Die Zahl der Fälle von Gewährung einmaliger sonstiger Hilfen - unter den Empfängern einmaliger Hilfen war etwa jeder Dritte ein Empfänger sonstiger Hilfen - ist gegenüber 1964 um 256 gesunken, dagegen hat die Zahl der Fälle von Erholungsfürsorge in der

gleichen Zeit um 347 zugenommen, und zwar ausschließlich bei den Hinterbliebenen. Beschädigte erhielten 1965 in 208 Fällen, Hinterbliebene in 652 Fällen Erholungsfürsorge.

Die einmalige Berufsfürsorge wurde überwiegend zur Beschaffung und Unterhaltung von Kraftfahrzeugen gegeben; ihre Zahl hat gegenüber dem Vorjahr abgenommen. Die Form der Beihilfegewährung war häufiger als die der Darlehensgewährung. Ein knappes Viertel der Fälle von einmaliger Berufsfürsorge entfiel auf die Sonderfürsorgeberechtigten.

Die Fälle von Wohnungsfürsorge haben sich 1965 gegenüber dem Vorjahr um 84 auf 219 vermehrt.

Jeder Erholungsfall erforderte 1965 394 DM, das sind 9 DM weniger als im Jahre 1964; für Beschädigte machte er 582 DM aus, für Hinterbliebene 334 DM. Auf jeden Wohnungsfürsorgefall entfielen 1965 3 665 DM gegenüber 2 436 DM im Jahre 1964.

Die Empfänger einmaliger Hilfen wurden 1965 zu 4% von der Hauptfürsorgestelle, zu 40% von den kreisfreien Städten und zu 56% von den Kreisen betreut. Die Kreise sind bei der Gewährung von Berufsfürsorge und sonstiger Hilfe stärker in Erscheinung getreten als die kreisfreien Städte.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Kriegsofopferfürsorge 1965" in Wirtschaft und Statistik 1966, S. 493 (August)

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Seite
Unterricht, Bildung und Kultur	
Sportstätten	4/86
Volksschule von gestern bis heute	5/105
Rechtspflege und öffentliche Sicherheit	
Brände 1966	5/119
Wahlen	
Landtagswahl 1967	6/124
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Ernten 1966	5/107
Obstbäume 1965	4/91
Ölfrüchte	3/63
Viehbestände 1966	6/138
Zwischenfrüchte 1966	4/95
Industrie und Handwerk	
Handwerk 1966/67	6/143
Umsatzstruktur Handwerk	2/27
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Wohnverhältnisse 1965 (1. Teil)	2/39
Wohnverhältnisse 1965 (2. Teil)	3/60
Handel und Gastgewerbe	
Umsätze im Gastgewerbe 1966	4/88
Verkehr	
Grenzverkehr 1956 — 1965	2/45
Straßen in Schleswig-Holstein	3/51
Geld und Kredit, Versicherungen	
Realkreditinstitute	1/15
Öffentliche Sozialleistungen	
Einnahmen der Krankenkassen	3/69
Jugendhilfe, Öffentliche —	4/76
Krankenversicherung	1/17
Rentenversicherung	1/23
Öffentliche Finanzen	
Lohnsteuerpflichtige, Schichtung der — (n)	6/134
Personalausgaben 1951 bis 1965	3/56
Spitzengehälter 1965	6/143
Verschuldung der Gemeinden	1/4
Preise	
Gastgewerbe, Preise im — 1965	5/113
Versorgung und Verbrauch	
Urlaubsausgaben	3/67
Verbrauch in Bauernhaushalten	1/10
Sozialprodukt	
Bruttoinlandsprodukt 1950 — 1965	5/100
Bruttoinlandsprodukt der Landwirtschaft	6/140

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E . 19. Jahrgang . Heft 7 . Juli 1967

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

	1958	1966	1966			1967				
			Monats-Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Monatsende)	1 000	2 267	2 457	2 447	2 450	2 455	2 476	2 478
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 654	1 729	1 740	1 833	2 111	1 216	2 049
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	8,4	8,4	9,1	10,1	6,4	9,7
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 867	3 828	4 226	4 000	4 081	3 694	4 205
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,2	18,7	20,4	19,9	19,6	19,5	20,0
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 173	2 484	2 756	2 777	2 518	2 308	2 528
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,5	12,1	13,3	13,8	12,1	12,2	12,0
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	93	79	92	85	78	64	75
* je 1 000 Lebendgeborene		32,6	20,5	21,8	21,3	19,1	17,3	17,8
* Geburtenüberschuß	Anzahl	694	1 343	1 470	1 223	1 563	1 386	1 677
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		3,7	6,6	7,1	6,1	7,5	7,3	8,0
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene		6 523	7 701	7 411	10 052	8 634	5 676	6 693
* Über die Landesgrenze Fortgezogene		6 263	6 236	5 933	7 583	5 713	5 039	5 978
* Wanderungsgewinn		260	1 425	1 478	2 469	2 921	637	715
* Binnenwanderung ⁴⁾		9 666	9 945	9 211	13 916	10 335	8 579	9 401
Wanderungsfälle	Anzahl	22 452	23 882	22 555	31 551	24 682	19 294	22 072
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		170	165	153	226	168	147	150
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	50	8	8	8	6	34	29	25	21
darunter * Männer	1 000	31	6	6	5	4	27	22	18	15
Offene Stellen	1 000	5	19	22	22	22	10	12	11	12
darunter für Männer	1 000	3	9	11	11	11	4	4	4	5
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 393 ^a
darunter * Milchkühe	1 000	426 ^a	511 ^a
* Schweine	1 000	1 279 ^a	1 689 ^a	1 644	.	.	.	1 661	.	.
darunter * Zuchtsauen	1 000	126 ^a	169 ^a	170	.	.	.	175	.	.
darunter * trächtig	1 000	77 ^a	107 ^a	107	.	.	.	112	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren⁵⁾										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	14	28	21	21	22	21	24	25	24
* Kälber	1 000 St.	5	4	6	5	5	5	6	5	5
* Schweine	1 000 St.	81	157	163	152	162	157	160	161	155
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	15 ^b	10 ^c	13	7	4	17	11	8	5
* Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen ⁶⁾	1 000 t	9,3	19,5	18,4	17,9	19,2	17,4	18,9	19,6	19,1
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	6,4	5,0	5,0	5,2	4,7	5,5	5,9	5,4
* Schweine	1 000 t	5,9	12,8	13,0	12,6	13,8	12,3	12,9	13,4	13,4
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder	kg	223	236	240	237	234	236	234	241	229
Kälber	kg	49	58	56	57	60	58	58	56	60
Schweine	kg	89	88	87	87	87	88	87	88	89
Milcherzeugung										
* Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	176	213	225	242	169	216	228	248
darunter * an Molkereien geliefert	%	87	90	89	91	92	89	89	91	92
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	11,5	13,6	14,9	15,4	11,8	13,6	14,9	15,7

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) gewerbliche und Hausschlachtungen 6) einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien a) Dezember b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 c) Winterhalbjahr 1966/67 = 17

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967			
		Monats-Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Industrie und Handwerk										
Industrie⁷⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	164	178	178	178	179	173	171	170	...
darunter *Arbeiter ⁸⁾	1 000	136	139	139	140	140	133	131	131	...
*Geleistete Arbeiterstunden ⁹⁾	1 000	24 439	22 756	24 180	22 668	22 752	20 696	21 632	20 861	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	105,5	104,7	103,9	102,7	91,8	100,4	94,5	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	42,0	40,8	40,9	41,2	41,4	42,3	42,1	...
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	74	40	48	45	46	41	43	45	...
*Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	9 830	9 044	8 894	10 072	9 173	10 507	10 903	...
*Heizölverbrauch	1 000 t	31	78	88	77	74	73	82	83	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	123	133	118	119	118	125	128	...
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	21	38	37	32	35	36	39	40	...
*Umsatz ¹¹⁾	Mill. DM	479	790	793	774	778	731	782	817	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	111	86	121	109	108	83	92	...
Produktionsindex	1958=100	100	142	145	148	149	136	141	145	...
Steine und Erden		100	158	161	168	180	99	134	165	...
Eisen-, Stahl- und Temperguß		100	135	152	149	145	118	110	120	...
Schnittholz und Sperrholz		100	100	103	108	114	82	94	95	...
Zellstoff, Papier und Pappe		100	136	141	137	140	135	129	141	...
Gummi- und Asbestwaren		100	197	226	223	231	199	162	214	...
Wasserfahrzeuge		100	86	85	92	90	94	90	96	...
Maschinenbauerzeugnisse		100	141	147	155	145	131	134	157	...
Elektrotechnische Erzeugnisse		100	141	137	162	152	130	115	140	...
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		100	180	161	167	178	148	176	194	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren		100	189	177	193	197	176	170	175	...
Leder		100	36	48	49	50	25	22	20	...
Schuhe		100	93	106	112	98	87	92	91	...
Textilien		100	93	105	103	101	64	81	91	...
Bekleidung		100	126	160	151	142	124	124	124	...
Fleisch und Fleischerzeugnisse		100	190	180	168	176	228	163	168	...
Fisch und Fischerzeugnisse		100	147	165	151	143	168	146	157	...
Meiereierzeugnisse		100	136	164	189	197	142	181	194	...
außerdem Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe		100	136	132	158	163	94	123	138	...
Handwerk (Meßziffern)										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) ¹²⁾	30. 9. 1962=100	-	101	99	.	.	.	95	.	.
*Umsatz	Vj. -D 1962=100	-	132	109	.	.	.	106	.	.
darunter *Handwerkumsatz	Vj. -D 1962=100	-	134	107	.	.	.	111	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	149	154	152	134	160	189	181	...
Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	143	304	321	292	273	311	327	309	...
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	17	23	26	24	18	28	27	23	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie 8) einschl. gewerblicher Lehrlinge 9) einschl. Lehrlingsstunden 10) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 11) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 12) Beschäftigte in Betrieben, die nur das ganze Jahr 1962 bestanden haben; ab 1966 neuer Berichtskreis

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967			
		Monats- Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe ¹³⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)		55 228	66 044	66 320	67 196	67 502	55 628	56 360	57 724	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 344	10 008	9 991	10 724	5 908	7 995	8 596	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	4 157	3 977	4 343	4 339	4 618	2 762	3 746	3 989	...
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 612	3 844	4 107	4 065	4 382	2 193	3 000	3 252	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	51,6	52,4	54,9	59,2	30,3	41,8	44,1	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	4,6	4,2	4,2	4,4	4,3	4,3	4,3	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	154,5	107,4	127,5	147,2	101,9	105,3	117,8	...
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)		922	949	1 251	854	995	744	794	958	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	168	193	133	193	80	137	128	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	124,1	157,9	104,4	123,1	90,5	112,1	181,1	...
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	90,1	116,6	82,4	89,2	75,9	83,9	134,4	...
*Umbauter Raum insgesamt (ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 314	1 700	1 119	1 318	899	1 159	1 674	...
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	839	1 098	765	854	704	776	1 226	...
*Wohnungen		2 109	2 298	3 092	2 130	2 269	1 987	2 097	3 712	...
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 021	2 788	1 840	1 866	1 748	1 838	3 461	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen		1 533	2 385	1 074	1 300	1 801	1 033	962	1 200	...
Wohnräume ¹⁴⁾		6 064	10 181	4 360	5 468	7 051	3 999	4 274	5 064	...
Handel und Gastgewerbe										
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	1 797	1 120	1 100	705	826	432	852	...
Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 263	277	1 088	618	748	562	1 032	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	22 079	22 090	20 287	21 190	22 591	20 503	22 327	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	34 287	38 112	32 421	31 700	28 052	32 306	28 891	...
*Ausfuhr nach Warengruppen	Mill. DM	67,7	137,1	125,5	134,4	145,3	116,6	111,2	135,0	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	10,7	11,4	13,4	8,6	10,0	10,6	11,3	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	126,4	114,2	121,1	136,7	106,6	100,7	123,7	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,5	4,3	3,7	3,4	4,1	4,1	4,0	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	11,5	7,3	13,9	9,3	7,0	10,7	10,9	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	111,4	102,6	103,4	124,0	95,5	85,8	108,9	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	6,7	6,7	6,2	7,0	8,5	7,0	9,1	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	104,7	95,9	97,2	117,0	87,0	78,8	99,7	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	11,0	29,2	29,8	28,5	28,2	32,5	34,7	36,6	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	6,6	6,1	6,2	6,4	9,4	10,2	10,5	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	10,6	10,4	11,5	9,2	11,6	12,0	12,5	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	55,4	59,0	29,4	75,1	50,9	33,3	60,5	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	10,7	13,6	8,2	7,8	6,3	8,0	9,3	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	5,2	3,5	4,8	5,5	5,0	4,6	5,0	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	20,0	2,2	2,4	33,1	24,9	3,6	3,1	...
Schweden	Mill. DM	6,3	9,2	29,2	5,1	20,8	4,8	5,6	33,8	...
Fremdenverkehr in ausgewählten Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	163	85	106	169	64	93	102	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	15	19	7	17	19	5	13	13	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	1 143	279	352	722	200	318	334	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	33	39	13	28	34	10	23	22	...

* wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967			
		Monats-Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	126	240	246	240	213	208	243	228	...
*Güterversand	1 000 t	195	353	415	367	360	282	329	385	...
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		3 262	5 521	9 810	7 142	5 075	4 227	6 880	6 120	...
darunter										
Krafträder (einschl. Motorroller)		227	11	20	28	15	11	19	20	...
*Personenkraftwagen		2 107	4 311	7 861	5 676	3 937	3 398	5 629	4 948	...
*Kombinationskraftwagen		175	440	718	556	411	352	445	446	...
*Lastkraftwagen		293	390	586	494	412	241	410	400	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden		918	1 115	905	954	1 204	788	951	p 1 107	p 1 286
*Getötete Personen		40	60	53	41	53	48	33	p 51	p 56
*Verletzte Personen		1 130	1 502	1 147	1 290	1 699	1 012	1 274	p 1 473	p 1 821
Geld und Kredit										
Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)										
*Kredite an Nichtbanken										
(Bestand am Monatsende)	Mill. DM	3 105 ^d	8 993 ^d	8 513	8 626	8 671	9 072	9 185	9 211	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 ^d	2 078 ^d	2 105	2 155	2 153	2 108	2 188	2 183	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 ^d	2 053 ^d	2 098	2 135	2 147	2 084	2 173	2 155	...
*Mittel- und langfristige Kredite 15)	Mill. DM	2 165 ^d	6 915 ^d	6 408	6 471	6 518	6 964	6 997	7 029	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 ^d	5 922 ^d	5 486	5 543	5 584	5 950	5 979	6 001	...
*Einlagen von Nichtbanken										
(Bestand am Monatsende)	Mill. DM	2 067 ^d	5 575 ^d	5 148	5 163	5 229	5 733	5 720	5 828	...
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 ^d	1 906 ^d	1 841	1 827	1 877	1 965	1 924	2 009	...
darunter *von Wirtschaft u. Privaten	Mill. DM	857 ^d	1 589 ^d	1 537	1 552	1 574	1 619	1 573	1 624	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 ^d	3 668 ^d	3 307	3 335	3 352	3 768	3 796	3 818	...
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 ^d	2 412 ^d	2 206	2 222	2 228	2 474	2 493	2 507	2 515
*bei Kreditbanken	Mill. DM	..	745 ^d	653	661	669	768	773
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	182	160	151	141	165	165
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	141	134	123	123	119	137
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	11	10	14	5	5	7	11	...
Vergleichsverfahren (eröffnete)		2	1	2	1	-	2	3	1	...
Wechselproteste	Anzahl	636	839	809	805	783	746	845
	Wert	465	1 118	994	866	881	873	1 119
Steuern										
*Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	32 185	81 845	122 068	55 632	56 594	61 054	130 126	55 311	61 397
darunter										
*Vermögenssteuer	1 000 DM	1 463	3 256	726	592	8 282	9 244	1 483	1 028	10 955
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	3 596	9 680	11 400	10 028	9 316	9 254	11 619	11 066	10 062
*Biersteuer	1 000 DM	420	758	493	588	654	750	548	566	746
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	24 497	63 278	102 777	39 742	33 424	35 552	111 464	38 127	34 693
*Einnahmen für Rechnung des Bundes	1 000 DM	93 577	159 218	177 171	145 223	135 770	133 338	175 880	137 127	135 023
darunter										
*Umsatzsteuer	1 000 DM	26 688	51 856	40 084	50 813	49 023	46 057	41 355	49 118	44 122
*Umsatzausgleichsteuer	1 000 DM	3 113	4 851	4 491	4 826	5 004	6 415	1 433	3 997	4 822
*Beförderungsteuer	1 000 DM	1 034	1 510	1 273	1 383	1 538	1 250	1 378	1 443	1 522
*Zölle	1 000 DM	7 838	6 706	6 945	7 060	7 141	4 940	6 210	6 159	7 358
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	41 359	53 838	58 667	55 729	51 695	53 796	60 040	54 016	56 823
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM	32 960	34 275	33 736	38 444	31 170	35 750	34 571	35 050	36 665
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	13 191	40 456	65 710	25 409	21 369	20 880	65 463	22 392	20 375
Notopfer Berlin	1 000 DM	354	2	1	3	0	0	1	2	2
* Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	5 396	4 685	1 662	2 727	9 185	8 433	2 128	2 497	8 802
* Steuern vom Einkommen ¹⁶⁾	1 000 DM	37 688	103 734	168 487	65 151	54 793	56 432	176 927	60 519	55 068
davon										
*Lohnsteuer	1 000 DM	14 013	49 840	26 830	39 541	37 178	40 173	31 770	40 030	35 447
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	15 925	43 119	110 983	21 593	15 297	11 048	117 637	18 885	14 718
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	428	917	798	2 341	870	1 338	548	486	555
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	7 322	9 858	29 877	1 676	1 450	3 873	26 972	1 118	4 348

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) einschl. durchlaufender Kredite 16) in den Landes- und Bundessteuern enthalten

d) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967			
			Monats-Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
noch: Steuern										
Gemeindesteuereinnahmen¹⁷⁾										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	102 550 ⁺	105 460 ^e	.	.	.	106 789 ^e	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	7 228 ⁺	7 292 ^e	.	.	.	7 247 ^e	.	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	16 865 ⁺	18 151 ^e	.	.	.	18 758 ^e	.	.
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	70 283 ⁺	72 045 ^e	.	.	.	72 115 ^e	.	.
Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	8 175 ⁺	7 973 ^e	.	.	.	8 669 ^e	.	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	7 745 ⁺	6 995 ^e	.	.	.	6 875 ^e	.	.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	.	108,2	109,8	110,5	109,9	106,2	106,1
Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	1962=100	.	107,0	106,2	106,7	107,4	107,1	106,9
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100	107,8	108,5	108,6	107,6	106,4	105,5 ^p	103,7	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1962=100	97,2 ^f	105,8	105,9	106,2	106,2	105,5	105,4	104,7	...
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63=100	97,5 ^f	114,1 ^g	114,8	115,0	111,9 ^p	109,9 ^p	108,7 ^p	106,8	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	75,8	118,5	.	.	119,1	117,3
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)										
Einzelhandelspreise	1962/63=100 ^h	90,8 ^f	107,7 ^g	109,2	109,2	109,2	110,0	110,2	110,2	...
Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁸⁾	1958=100	100	119	119	119	119	120	120	120	...
darunter	1962=100	92,7	112,8	112,1	112,7	113,3	114,2	114,3	114,5	114,8
Nahrungs- und Genußmittel		.	112,0	111,9	112,5	113,5	112,1	112,4	112,8	...
Kleidung, Schuhe		.	110,5	109,9	110,1	110,3	112,1	112,2	112,2	...
Wohnungsmieten		.	129,7	126,8	128,6	128,8	135,8	136,0	137,4	...
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		.	107,5	108,0	105,8	105,8	109,7	109,4	106,0	...
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung		.	108,3	108,0	108,2	108,3	108,6	108,6	108,5	...
Löhne und Gehälter¹⁹⁾										
Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	117	221	.	218
darunter Facharbeiter	DM	124	234	.	232
*weiblich	DM	68	135	.	133
Bruttostundenverdienste										
*männlich	DM	2,44	4,85	.	4,86
darunter Facharbeiter	DM	2,59	5,16	.	5,17
*weiblich	DM	1,53	3,25	.	3,20
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	45,6	.	45,0
*weiblich	Std.	44,2	41,5	.	41,6
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	41,9	.	40,2
*weiblich	Std.	41,4	37,5	.	37,0
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	1 101	.	1 082
*weiblich	DM	382	717	.	713
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	1 216	.	1 210
*weiblich	DM	403	741	.	744
in Handel, Kredit und Versicherungen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	969	.	948
*weiblich	DM	331	603	.	590
technische Angestellte										
männlich	DM	497	1 114	.	1 111
weiblich	DM	(259)	(744)
in Industrie und Handel zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	1 010	.	989
*weiblich	DM	347	636	.	625
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	1 208	.	1 203
*weiblich	DM	391	741	.	744

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 17) einschl. Steuern der Kreise 18) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushalts-
 vorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962 19) Effektivverdienste; ab
 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar e) 1. 1. - 31.3. f) Wirtschaftsjahr 1958/59
 (Juli-Juni) g) Wirtschaftsjahr 1965/66 (Juli-Juni) h) Umbasierung der Originalreihe 1950 = 100

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahresmittel) in 1 000	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Geburten- überschuß	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
1958	2 267	8,8	15,2	11,5	8	3	971	185	367	195	224
1963	2 364	9,4	18,4	12,3	15	10	997	133	392	218	254
1964	2 392	9,1	18,9	11,7	17	13	1 003	130	395	214	264
1965	2 423	8,8	18,5	12,4	15	19	1 021	125	398	225	273
1966	2 457	8,4	18,7	12,1	16	18	1 003	116	389	218	280

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen				
	Schüler am 2. 5.			Schulabgänger in %				Brutto-Inlandsprodukt				Netto- Inlands- produkt in Mill. DM
	Volks- und Sonder- schulen	Real- schulen und Aufbau- zug- klassen	Gym- nasien	mit weniger als Volks- schul- abschluß	mit Volks- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen			in konstanten Preisen in Mill. DM	
								Mill. DM	Jährliche Zuwachs- rate in %	DM je Ein- wohner		
1958	229	43	36	8 464	9,9	3 734	7 571	
1963	225	41	32	13 088	7,6	5 537	9 798	10 172
1964	221	41	33	29	43	21	7	14 193	8,4	5 934	10 174	p 11 019
1965	225	41	34	27	44	22	7	p 15 425	p 8,7	p 6 367	p 10 635	.
1966	231	41	37	26	45	23	7	16 600 ^a	7,5 ^a	6 703 ^a	11 000 ^a	.

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung 3)		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ²⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	ins- gesamt	darunter Milchkühe									
1958	1 129	426	1 279	3 522	293	1 745	1 699	3 946	1 045	794	516
1963	1 273	472	1 601	4 637	418	2 273	1 903	3 982	1 252	732	536
1964	1 291	479	1 716	4 753	354	2 336	1 929	4 084	1 477	637	636
1965	1 379	505	1 701	4 884	332	2 462	2 023	4 220	1 311	466	452
1966	1 393	511	1 689	5 261	417	2 395	2 112	4 183	1 264	459	521

Jahr	Industrie ⁴⁾										Bau- haupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz		Energieverbrauch				Produktions- index der Industrie 6) 1958=100
	ins- gesamt	Arbeiter				ins- gesamt	mit dem Ausland	Kohle 1 000 t SKE 5)	Heizöl			
	in 1 000		Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM		1 000 t					
1958	164	136	293	638	197	5 744	782	892	378	.	100	64 755
1963	174	139	278	966	347	7 966	1 000	659	789	695	131	70 728
1964	174	138	276	1 053	386	8 078	921	679	840	733	133	70 651
1965	178	140	278	1 185	450	8 954	1 101	654	920	792	138	70 015
1966	178	139	273	1 266	504	9 485	1 331	585	937	787	142	68 410

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen 2) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner 3) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschl. des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang 4) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 5) eine t Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 6) ohne Energie und Bau; von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt 7) bis einschl. 1962 Stichtag = 31. 7.; ab 1962 einschl. unbezahlter mithelfender Familienangehöriger a) erste vorläufige Ergebnisse

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 3. 1967			Bevölkerungsveränderung im März 1967			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Mai 1967 (vorläufige Zahlen)		
	ins- gesamt	Veränderung gegenüber		Geburten- überschuß	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevöl- kerungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vor- monat	Vor- jahres- monat 1)						
		in %							
FLensburg	96 842	+ 0,0	+ 0,2	64	- 28	36	43	2	51
KIEL	269 888	+ 0,0	+ 0,2	87	- 61	26	112	2	155
LÜBECK	242 373	+ 0,0	+ 0,7	67	- 45	22	121	2	164
NEUMÜNSTER	73 691	- 0,0	- 1,0	54	- 72	- 18	37	2	41
Eckernförde	71 242	+ 0,1	+ 1,3	53	- 15	38	42	3	56
Eiderstedt	19 698	+ 0,3	+ 1,0	19	35	54	10	-	15
Eutin	94 275	- 0,0	+ 1,1	40	- 42	- 2	56	-	93
Flensburg-Land	71 239	+ 0,0	+ 1,6	71	- 50	21	40	4	68
Hzgt. Lauenburg	139 866	- 0,1	+ 1,1	83	- 208	- 125	83	1	121
Husum	65 824	+ 0,2	+ 0,8	71	49	120	34	1	55
Norderdithmarschen	60 314	+ 0,1	+ 1,2	47	24	71	32	-	43
Oldenburg (Holstein)	85 417	+ 0,2	+ 1,1	62	143	205	51	3	64
Pinneberg	256 413	+ 0,3	+ 3,0	255	446	701	129	3	166
Plön	116 954	+ 0,1	+ 1,4	101	2	103	65	3	90
Rendsburg	164 393	- 0,0	+ 0,4	122	- 133	- 11	82	6	131
Schleswig	100 272	+ 0,2	+ 1,1	94	128	222	38	3	48
Segeberg	108 835	+ 0,2	+ 2,5	91	136	227	82	5	138
Steinburg	127 353	+ 0,0	+ 1,1	72	- 19	53	72	7	95
Stormarn	170 667	+ 0,3	+ 3,7	114	431	545	89	8	123
Süderdithmarschen	73 757	- 0,0	+ 0,3	53	- 58	- 5	36	1	51
Südtondern	69 151	+ 0,2	+ 3,1	57	52	109	31	-	52
Schleswig-Holstein	2 478 464	+ 0,1	+ 1,3	1 677	715	2 392	1 285	56	1 820

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾						Kraftfahrzeugbestand am 1. 1. 1967		
	Betriebe am 30. 4. 1967	Beschäftigte		Umsatz ⁴⁾ im April 1967 in Mill. DM	Kohle- verbrauch im April 1967 in t SKE	Heizöl- verbrauch in t	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾	
		Anzahl am 30. 4. 1967	je 1 000 Einw. am 31. 3. 1967					Anzahl	je 1 000 Einw.
FLensburg	66	6 438	68	37,5	33	2 986	18 729	16 419	170
KIEL	171	31 255	116	96,5	480	2 374	53 582	46 861	174
LÜBECK	152	31 800	133	145,4	26 348	5 999	44 723	38 170	157
NEUMÜNSTER	60	9 913	137	23,0	761	850	14 811	12 778	173
Eckernförde	38	1 729	25	6,9	13	257	16 887	12 434	175
Eiderstedt	9	420	21	2,9	-	62	4 908	3 587	182
Eutin	49	3 635	39	16,0	347	503	21 176	16 598	176
Flensburg-Land	31	722	10	3,8	31	232	19 899	14 342	202
Hzgt. Lauenburg	102	8 251	60	29,3	387	2 008	32 002	24 638	177
Husum	22	1 242	19	5,3	3	138	16 724	12 017	183
Norderdithmarschen	33	1 440	24	3,7	22	375	14 694	10 654	177
Oldenburg (Holstein)	30	1 523	17	9,6	627	776	19 295	13 906	163
Pinneberg	262	22 880	90	121,7	537	8 582	54 970	45 847	180
Plön	55	2 512	22	13,2	187	683	27 532	20 596	177
Rendsburg	102	8 749	52	32,7	1 295	2 141	38 884	29 071	177
Schleswig	43	3 375	34	29,5	456	1 741	25 163	18 401	185
Segeberg	90	5 319	49	24,1	116	1 794	29 084	21 175	196
Steinburg	93	10 178	81	51,0	12 410	21 738	28 568	21 496	169
Stormarn	133	13 653	78	116,0	419	3 246	38 599	31 547	186
Süderdithmarschen	37	4 116	56	42,0	926	25 912	17 909	12 901	175
Südtondern	13	940	13	6,8	-	211	17 122	12 567	182
Schleswig-Holstein	1 591	170 090	69	816,6	45 398	82 608	555 261	436 005	176

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 3. 1967 2) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
 3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 4) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 5) einschl. Kombinationskraftwagen
 Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 98 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. 12. 1966			Offene Stellen am 30. 4. 1967 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer Ende März 1967 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im April 1967			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 3. 1967	Rindvieh am 2. 12. 1966	
		VZ 1939	31. 12. 1965							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 473	+ 56	+ 1,4	11	14	228	90,8	14,9	1 661	1 393	511
Hamburg	1 847	+ 8	- 0,4	14	25	2	86,5	14,2	22	17	6
Niedersachsen	6 967	+ 53	+ 0,7	29	55	446	87,3	14,3	4 999	2 724	1 040
Bremen	750	+ 33	+ 1,0	4	7	2	76,2	13,1	11	17	5
Nordrhein-Westfalen	16 836	+ 41	+ 0,6	76	327	320	90,4	13,4	3 258	1 922	795
Hessen	5 240	+ 51	+ 1,3	30	125	129	80,0	11,2	1 290	925	384
Rheinland-Pfalz	3 613	+ 22	+ 0,9	12	34	91	74,4	10,2	745	760	298
Baden-Württemberg	8 534	+ 56	+ 1,3	55	282	223	73,6	9,0	1 936	1 898	828
Bayern	10 217	+ 44	+ 1,1	51	153	530	73,9	9,0	3 868	4 242	1 959
Saarland	1 132	+ 24	+ 0,4	2	16	10	77,2	10,5	68	73	31
Berlin (West)	2 185	- 21	- 0,5	13	17	1	14,1	15,2	.	3	2
Bundesgebiet	59 793	+ 39	+ 0,8	296	1 055	1 982	81,9	11,3	17 859 ^a	13 973	5 859

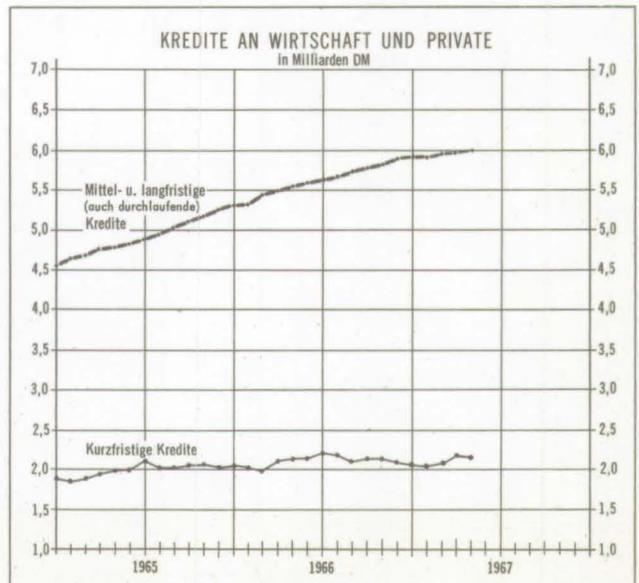
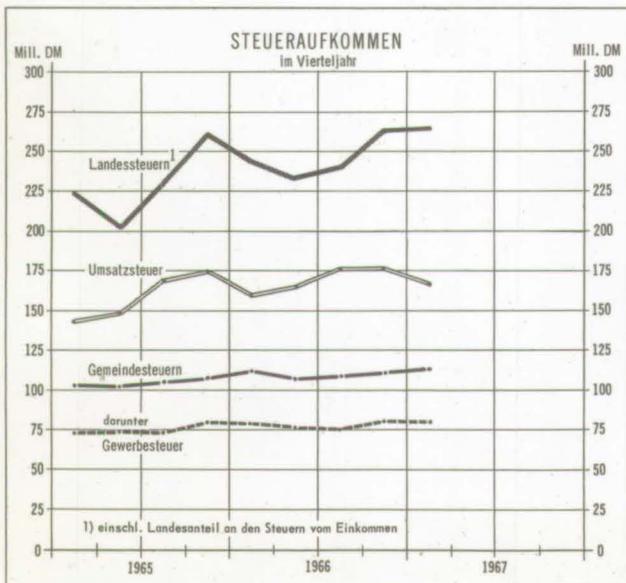
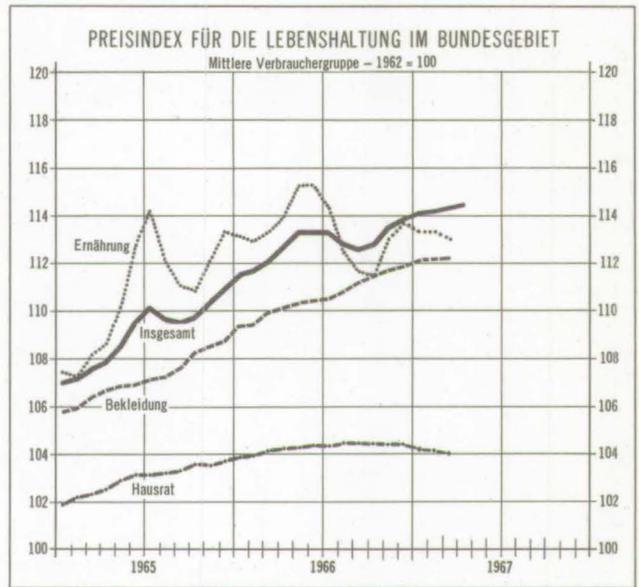
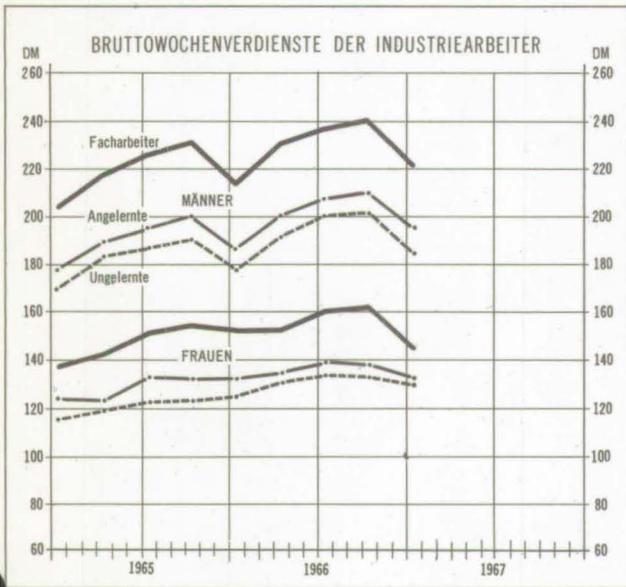
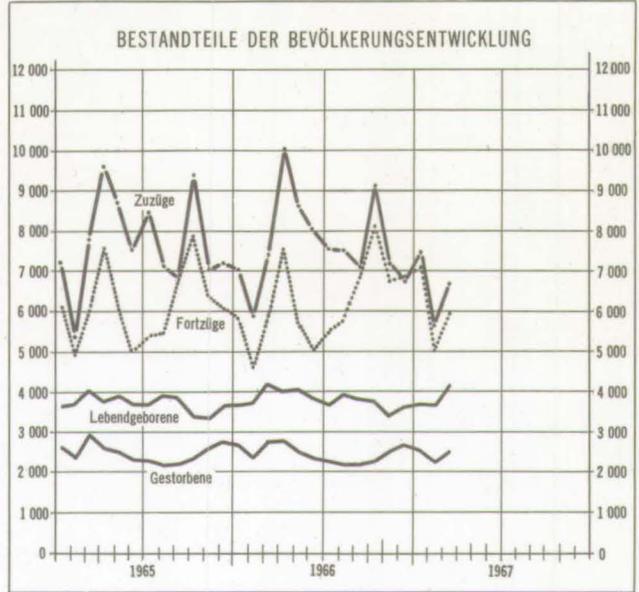
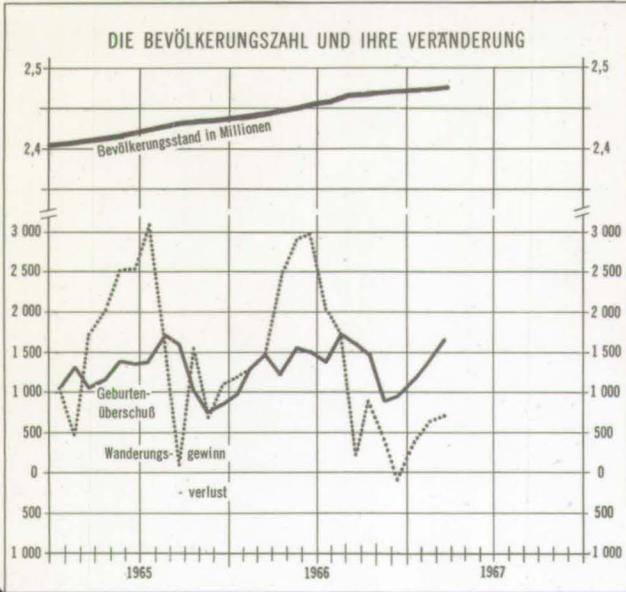
Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im März 1967			
	Beschäftigte		Umsatz im Februar 1967		Produktionsindex ²⁾ 1958=100 im Febr. 1967	Beschäftigte am 28. 2. 1967		Zum Bau genehmigte Wohnungen		Fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000 am 28. 2. 1967	je 1 000 Einw. am 31. 12. 1966	Mill. DM	Auslandsumsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.
Schleswig-Holstein	173	71	731	14,8	136	56	22	2 097	8,5	962	3,9
Hamburg	204	114	1 226	14,7	.	41	22	980	5,3	894	4,8
Niedersachsen	710	105	2 617	22,1	.	153	22	4 046	5,8	2 991	4,3
Bremen	95	129	468	12,2	.	19	26	495	6,6	434	5,8
Nordrhein-Westfalen	2 611	159	9 625	19,1	.	367	22	10 662	6,3	5 760	3,4
Hessen	684	134	2 281	22,4	161	132	25	3 441	6,6	1 411	2,7
Rheinland-Pfalz	366	104	1 469	23,3	208	78	22	2 072	5,7	1 075	3,0
Baden-Württemberg	1 446	172	4 670	21,0	149	203	24	5 752	6,7	3 178	3,7
Bayern	1 261	126	3 889	17,1	.	220	22	7 323	7,2	3 596	3,5
Saarland	158	143	406	33,3	.	22	20	393	3,5	287	2,5
Berlin (West)	261	122	937	13,6	.	44	20	2 124	9,7	1 239	5,7
Bundesgebiet	7 968	136	28 317	19,5	148	1 336	22	39 385	6,6	21 827	3,7

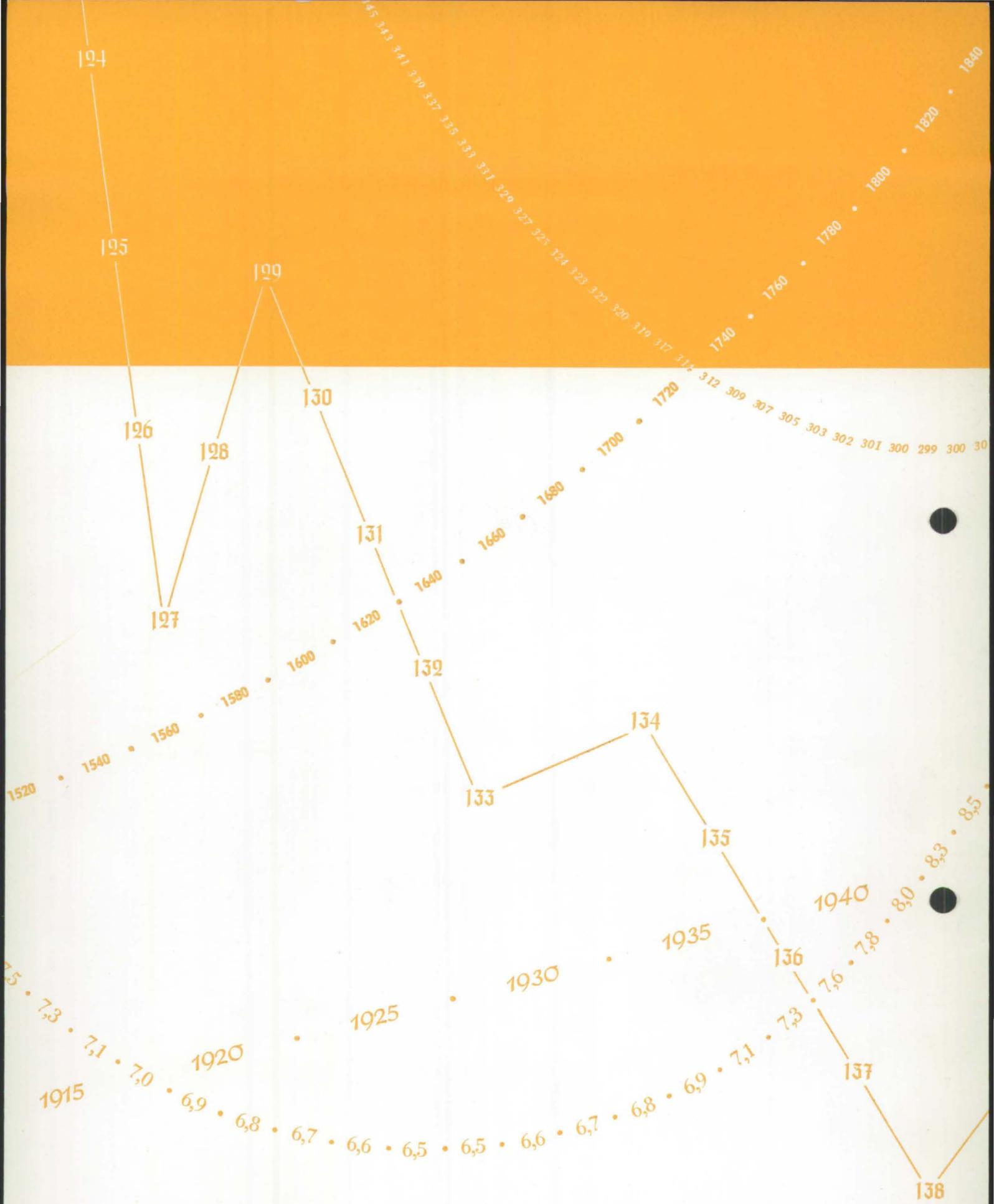
Land	*Kfz-Bestand ³⁾ am 1. 7. 1966			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im März 1967				Bestand an Sparanlagen ⁷⁾ am 31. 3. 1967 in DM je Einw.	Steueraufkommen im 1. Vj. 1967					
	insgesamt	Pkw ⁴⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verunglückte je 100 Unfälle		Landes- ⁸⁾	Bundes- ⁸⁾	Gemeinde-			
		Anzahl	je 1 000 Einw. ⁵⁾									steuern in DM je Einw.		
		in 1 000												
Schleswig-Holstein	543	421	171	951	33	1 274	137	1 535	108	194	...			
Hamburg	402	354	191	896	25	1 148	131	2 865	288	1 100	...			
Niedersachsen	1 551	1 186	171	3 188	209	4 461	146	1 880	111	176	...			
Bremen	147	126	169	336	10	382	117	2 179	190	545	...			
Nordrhein-Westfalen	3 361	2 799	167	7 550	339	10 067	138	2 214	159	251	...			
Hessen	1 217	965	185	2 168	110	3 129	149	2 213	180	209	...			
Rheinland-Pfalz	807	601	167	1 486	82	2 097	140	1 833	112	165	...			
Baden-Württemberg	2 013	1 551	182	3 368	166	4 747	132	2 211	175	231	...			
Bayern	2 476	1 783	175	3 848	175	5 451	132	2 105	137	192	...			
Saarland	213	171	151	405	23	580	149	1 679	102	145	...			
Berlin (West)	367	323	147	975	24	1 207	126	1 587	98	376	...			
Bundesgebiet	13 096	10 280	172	25 171	1 196	34 543	142	2 092	150	251	...			

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft
 2) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt 3) ohne Bundespost und Bundesbahn, einschl. der stillgelegten Fahrzeuge 4) einschl. Kombinationskraftwagen 5) vorläufige Zahlen 6) vorläufige Zahlen (außer Schleswig-Holstein) 7) ohne Postspareinlagen
 8) Einkommensteuern jeweils anteilig enthalten a) ohne Berlin

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf: 4 36 02

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya

Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei KG, Kiel

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen